

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 22.12.–28.12.2023

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	10
Meinung	29

News

Lawrow: Deutschland agiert wie ein Dieb

<https://freedert.online/europa/190620-lawrow-deutschland-agiert-wie-dieb/>

22.12.2023

Mit Blick auf den gerichtlichen Antrag der Bundesanwaltschaft zur Beschlagnahme russischen Vermögens erklärt Russlands Außenminister Sergei Lawrow, Deutschland handle wie ein echter Dieb. Der russische Finanzminister droht mit Gegenmaßnahmen.

Am Donnerstag kommentierte der russische Außenminister den gerichtlichen Antrag der Bundesanwaltschaft, russische Vermögenswerte zu beschlagnahmen. Die deutsche Bundesanwaltschaft hatte diese Woche beim Oberlandesgericht Frankfurt am Main eine entsprechende Erlaubnis beantragt. Wie der *Spiegel* berichtet, sollen mehr als 720 Millionen Euro in die Staatskasse fließen. Im Visier hätten die Behörden das Vermögen einer Tochter der Moskauer Börse bei der deutschen Tochter der US-Großbank J.P. Morgan.

"Sie sind diebisch, das wissen wir schon lange. Politisch waren sie es schon immer, indem sie sich nicht an Absprachen gehalten und versucht haben, zu täuschen. Jetzt haben sie sich buchstäblich als Diebe erwiesen", sagte Lawrow nach einem Besuch in Tunesien.

Der Spitzendiplomat betonte, der Westen konzentriere sich "voll und ganz auf die Idee, einen legalen Weg zu finden, um russische Vermögenswerte zu beschlagnahmen" und damit zu beginnen, die Zinsen der derzeit eingefrorenen Gelder an die Ukraine umzuleiten. Washington berate die EU

dabei, eine Gesetzeslücke zu finden, um russisches Vermögen zu stehlen.

Im vergangenen Jahr wurden rund 260 Milliarden Euro an Guthaben der Moskauer Zentralbank in den G7-Staaten, der EU und Australien eingefroren. Geschätzte 210 Milliarden Euro der russischen Reserven befinden sich in Europa, davon 191 Milliarden Euro in Belgien, 19 Milliarden Euro in Frankreich und 7,8 Milliarden Euro im Nicht-EU-Land Schweiz. Deutschland hat nach offiziellen Angaben rund 5,3 Milliarden Euro russischen Vermögens gesperrt.

Finanzminister Anton Siluanow warnte am Donnerstag, dass "eine absolut symmetrische Reaktion folgen wird", sollte die Europäische Union beschließen, die Gewinne aus den eingefrorenen Geldern einzuziehen. "Wir haben hier auch genügend eingefrorene Vermögenswerte, die sich auch auf den sogenannten C-Konten befinden". Er erklärte, dass es sich dabei um Verpflichtungen Russlands gegenüber Geschäftspartnern aus unfreundlichen Ländern in Bezug auf "Wertpapiere und Dividenden" handele.

* * *

Russland: Außenministerium nennt mögliche Gründe für Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu USA

<https://freedert.online/international/190635-russlands-aussenministerium-nennt-moegliche-gruende/>
22.12.2023

Das russische Außenministerium gibt bekannt, was zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA führen könnte. Genannt werden in erster Linie eine potenzielle Beschlagnahme russischer Vermögenswerte und eine weitere militärische Eskalation.

In einem Interview mit der Zeitung *Interfax* hat sich der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow zum Stand der russisch-amerikanischen Beziehungen geäußert. Der Diplomat unterstrich, Moskau sei auf alle Szenarien vorbereitet, sowohl auf negative als auch auf positive. Er offenbarte, was zu einem Abbruch der bilateralen diplomatischen Beziehungen führen könnte:

"Was den Auslöser für eine mögliche Konfrontationsrunde mit dem Potenzial zum Abbruch der Beziehungen angeht, so könnte der Grund die Beschlagnahme von Vermögenswerten, eine weitere militärische Eskalation und vieles mehr sein. Ich würde mich hier nicht auf negative Prognosen einlassen."

Rjabkow rief dazu auf, die diplomatischen Beziehungen zu Washington nicht zu "einer Art Totem zu machen, das angebetet werden muss." Es handele sich nicht um eine "heilige Kuh, die von allen geschützt wird". Der Diplomat sieht das derzeitige Format der Beziehungen zwischen den beiden Ländern in einem "komatösen Zustand", was auf Washington und dessen erklärtes Ziel zurückzuführen sei, "Russland eine strategische Niederlage zuzufügen".

Zugleich betonte Rjabkow, Moskau werde nicht die Initiative zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen ergreifen, da Russland und die Vereinigten Staaten "eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit und der strategischen Stabilität spielen".

Kürzlich berichtete die *New York Times*, dass die Regierung von US-Präsident Joe Biden dringende Gespräche mit ihren Verbündeten über die Verwendung der eingefrorenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank im Wert von rund 300 Milliarden US-Dollar aufgenommen habe, um Kiew angesichts der Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Finanzhilfen zu unterstützen. Es steht noch offen, ob die Ukraine die Mittel direkt erhalten wird und für welche Zwecke sie verwendet werden können, ob für die Wirtschaft und den Wiederaufbau oder für das Militär.

* * *

Anklage gegen den Corona-Maßnahmenkritiker Reiner Füllmich – erste Reaktionen der Verteidigung

<https://freedert.online/inland/190752-anklage-gegen-corona-massnahmenkritiker-reiner/>
23.12.2023

Der Göttinger Rechtsanwalt Reiner Füllmich sitzt seit den ersten Oktobertagen in Untersuchungshaft. Mitte November hatte die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. Nun ist das Verteidigerteam des bekannten Corona-Maßnahmenkritikers an die Öffentlichkeit getreten.

Seit seiner – offenkundig unfreiwilligen – Überstellung aus Mexiko Anfang Oktober 2023 und der umgehenden Festnahme am Frankfurter Flughafen befindet sich der Rechtsanwalt und Mitbegründer des sogenannten Corona-Ausschusses in Untersuchungshaft in der JVA Rosdorf bei Göttingen (*RT DE* berichtete).

Die Staatsanwaltschaft Göttingen hatte Mitte November Anklage erhoben, wie der *NDR* kürzlich meldete. Angeblich habe der prominente Anwalt rund eine Million Euro unterschlagen. Wie es heißt, werfe die Anklage dem 65-jährigen promovierten Juristen vor, Spendengelder, die für die von ihm mitgegründete "Stiftung Corona-Ausschuss" gedacht waren, auf seine eigenen Konten geleitet zu haben. Diese Mittel habe Füllmich für private Zwecke verwendet, meint die Staatsanwaltschaft, etwa für die Umgestaltung seines Gartens. Die Rede ist von 375.000 Euro, die der Anwalt auf das Konto seiner Kanzlei überwiesen haben soll. Darüber hinaus habe er einmal 200.000 Euro und dann weitere 500.000 Euro auf sein Privatkonto transferiert. Gegenwärtig stehe noch nicht fest, wann der Prozess vor der Wirtschaftsstrafkammer am Landgericht Göttingen beginnen werde.

Die Verteidigung Füllmichs hat nun am 22. Dezember mit einer offiziellen Presseerklärung, die auf dem Telegram-Kanal von Reiner Füllmich veröffentlicht wurde, geantwortet. Die Verteidiger stellen fest, dass die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben habe, ohne der Verteidigung zuvor Einsicht in alle Bände der Ermittlungsakte oder Gelegenheit zur Stellungnahme zu gewähren. Auch sei der Beschuldigte nicht nach § 163a StPO vor Anklageerhebung vernommen worden. Außerdem seien Zeugen, die überwiegend in der Anklageschrift benannt wurden, nicht vernommen worden.

Was die Summe von 700.000 Euro angehe, die bereits Gegenstand des Haftbefehls war, so habe auch die Rechtsanwältin Viviane Fischer, eine der vier Gesellschafter, entsprechende Darlehensverträge mit unterzeichnet.

Ferner würde die Staatsanwaltschaft irrigerweise annehmen, dass diese Darlehensgeschäfte "unzulässige Insichgeschäfte" darstellten. Doch gemäß dem Gründungsprotokoll seien alle Gesellschafter zu "Geschäftsführern mit Alleinvertretungsbefugnis bestellt" worden, weshalb Viviane Fischer die beiden Darlehensverträge ohne die anderen Geschäftsführer habe unterzeichnen können.

Die Verteidigung betont, dass man zum damaligen Zeitpunkt durch Gerüchte über mögliche Kontenpfändungen – etwa beim Verein MWGFD – beunruhigt gewesen sei. Tatsächlich war es zu Kontenpfändungen beispielsweise bei Ärzten und Naturwissenschaftlern wie Professor Dr. Stefan Hockertz gekommen. Andere Kritiker der Corona-Maßnahmen seien ebenfalls in Untersuchungshaft gekommen, wofür Michael Ballweg nur das prominenteste Beispiel abgebe.

Aus diesen Gründen habe man beschlossen, die Spendengelder in "nachhaltigen Wertspeichern" wie

Gold oder Immobilien anzulegen. Für etwa eine Million Euro habe man in Gold investiert, was "bis heute gesichert bei der Firma Degussa aufbewahrt" werde. Für die Darlehenssumme in Höhe von 700.000 Euro sei als "Gegenwert die Immobilie von Reiner Füllmich vorgesehen" gewesen.

Weiter geht die Verteidigung auf die Einzelheiten des Hausverkaufs ein. So habe die Neugestaltung des Gartens lediglich der Wertsteigerung der Immobilie und "damit der Erzielung eines höheren Kaufpreises direkt" gedient. Unklarheiten bestehen offenbar hinsichtlich der Abwicklung des Verkaufs sowie der nach Ansicht der Verteidigung rechtswidrigen Eintragung einer Grundschuld und der Auszahlung eines Betrages von gut 1,1 Millionen Euro an den Rechtsanwalt Marcel Templin, der Anzeige gegen Füllmich erstattet hatte. Dieses "Geschehen" müsse auch von der Staatsanwaltschaft aufgeklärt werden.

Schließlich stellt die Verteidigung klar, dass die monatlichen Auszahlungen des Corona-Ausschusses in Höhe von 25.000 Euro "zuzüglich Mehrwertsteuer" an die Kanzlei von Reiner Füllmich von Januar 2021 bis Juli 2022 zur Deckung der Lohn- und Gehaltszahlungen sowie der Sozialversicherungsbeiträge der Kanzleimitarbeiter verwendet wurden, die mit der Arbeit des Corona-Ausschusses befasst waren. Diese seien über zwei Jahre damit beschäftigt gewesen, Anfragen an den Corona-Ausschuss, über "300.000 Emails", dazu tausende Briefe zu beantworten und tausende Telefonate zu führen. Aus diesen Gründen seien auch Kosten für "neue IT" angefallen. Denn in Berlin, dem eigentlichen Sitz des Corona-Ausschusses, sei diese für den "Fortbestand des Ausschusses zwingend notwendige Arbeit" nicht geleistet worden.

Zudem sei die Kommunikation mit Unterstützern, Interviewpartnern, Wissenschaftlern und anderen Experten, die der Ausschuss in seinen wöchentlichen Sitzungen anhören wollte, aber auch die "Erstberatung von Hilfesuchenden" über die Göttinger Kanzlei gelaufen. Daher seien die von den Mitarbeitern aus Füllmichs Kanzlei erbrachten Leistungen durch den Gesellschaftszweck des Ausschusses gedeckt. "Ungewöhnlich" sei außerdem, dass die Staatsanwaltschaft die von der Verteidigung benannten Zeugen zu diesen Tatbeständen vor der Anklageerhebung nicht vernommen habe.

Der bereits erwähnte Telegram-Kanal Füllmichs verlinkte zu einem YouTube-Video, das die Stellungnahme von Rechtsanwalt Ralf Ludwig zu dem Vorgang zitiert. So habe Ludwig bemängelt, dass die Göttinger Staatsanwaltschaft die komplizierten zivilrechtlichen Streitigkeiten zwischen den Gesellschaftern des Corona-Ausschusses mit dem Strafrecht zu "klären" versuche. Aus rechtsstaatlichen Gründen erscheine es als "bedenklich",

dass die Staatsanwaltschaft "somit die quasi zivilrechtliche Zuordnung der eingesammelten Gelder bereits als abgeschlossen betrachtet, ohne dem Beschuldigten die ihm zustehende zivilrechtliche Instanz zu gewähren."

Rechtsanwalt Ludwig geht in seiner Stellungnahme davon aus, dass das Landgericht die Anklage nicht zulassen und die Anzeigerstatter dazu auffordern werde, "innerhalb einer kurzen Frist eine Zivilklage zu erheben."

* * *

Serbischer Präsident Vučić appelliert an die Nation – Demonstranten stürmen Verwaltungsgebäude

<https://freedert.online/europa/190825-serbischer-praesident-vucic-appelliert-an/>

24.12.2023

In Belgrad ist eine Großkundgebung der prowestlichen Opposition im Gange. Demonstranten

versuchen, das Belgrader Stadtparlament zu stürmen. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić wandte sich an die Nation. Belgrad sei im Voraus vor einem Plan zur Erstürmung von Regierungsgebäuden gewarnt worden, sagte Vučić.

Prowestliche Demonstranten haben versucht, in Belgrad in ein Regierungsgebäude einzudringen, was vom serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić als versuchte "Farbrevolution" bezeichnet wurde. Vučić behauptet, er sei vorher über den Anschlag informiert worden.

Tausende von oppositionellen Demonstranten versammelten sich am Sonntag vor dem Belgrader Stadtparlament, um gegen den Sieg von Vučićs "Serbischer Fortschrittspartei" (SNS) über die Pro-EU-Koalition "Serbien gegen Gewalt" (SPN) bei den Parlamentswahlen in der vergangenen Woche zu protestieren. Der Protest wurde gewalttätig, als Gruppen von Demonstranten versuchten, die Türen des Gebäudes einzuschlagen, bis sie von der Polizei auseinandergetrieben wurden.

"Es ist keine Revolution im Gange", sagte Vučić in einer öffentlichen Ansprache. "Nichts wird so laufen, wie sie es wollen", fuhr er fort und bezog sich dabei auf die Aktionen der Demonstranten. "Diejenigen, die geschworen haben, gegen Gewalt zu kämpfen, haben gezeigt, dass sie echte Schläger sind."

Die SPN-Koalition ist aus den Protesten gegen die Regierung nach zwei Massenerschießungen im Mai hervorgegangen. Während die Protestbewegung zunächst den Rücktritt des Innenministers Bratislav Gašić und des Geheimdienstchefs Aleksandar Vulin forderte, mündeten die Forderungen sie bald im Aufruf zum Sturz der Regierung Vučić.

Vučić behauptete unter Berufung auf Berichte ausländischer Geheimdienste, der Protest sei von westlichen Mächten gesponsert worden, die ihn wegen seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Russland und seiner Weigerung, den Anspruch Serbiens auf das Kosovo aufzugeben, aus dem Amt entfernen wollten.

In seiner Ansprache am Sonntag wiederholte er diese Behauptungen und dankte ungenannten "ausländischen Diensten" dafür, dass sie die serbischen Sicherheitsdienste "genau wissen ließen, was die Schläger vorbereiteten".

Der Begriff "Farbrevolution" beschreibt Protestbewegungen, die von westlichen Regierungen – in der Regel aus den USA – finanziert und organisiert werden. Diese "Revolutionen", die darauf abzielen, im Amt befindliche Regierungen zu stürzen, wenn sie sich gegen die Interessen der USA stellen, werden in aller Regel auch von US-amerikanischen Geheimdiensten unterstützt und von einer großen Zahl diverser US-finanzierter Nichtregierungsorganisationen organisiert. Während der Begriff nach der "Rosenrevolution" 2003 in Georgien weithin bekannt wurde, fand der erste erfolgreiche Einsatz der Taktik einer "Farbrevolution" bereits im Jahr 2000 in Jugoslawien statt, als eine von den USA unterstützte Studentenbewegung den Rücktritt von Slobodan Milošević erzwang.

Die Anti-Milošević-Bewegung begann mit der Behauptung, dass der jugoslawische Staatschef bei den Wahlen in jenem Jahr Betrug begangen hätte – eine Behauptung, die durch vom Westen finanzierte "Wahlbeobachter" gestützt wurde.

"Serbien hat die Nase voll von euren Revolutionen", sagte Vučić während der ersten "Anti-Gewalt"-Proteste zu Beginn dieses Jahres. "Serbien hat die Nase voll von der Ankunft derjenigen, die unter ausländischem Einfluss stehen, und von der Zerstörung von allem, was serbisch ist."

Die Demonstranten, die sich versammelt hatten, wurden inzwischen von der Polizei auseinander getrieben, berichtet *RT*-Sonderkorrespondent Sergey Belous. Ermittlungen vor Ort haben begonnen,

und auch der serbische Innenminister Bratislav Gašić ist eingetroffen.

* * *

Seymour Hersh: Nord-Stream-Sprengung sollte Deutschland treffen

<https://freedert.online/international/190848-seymour-hersh-deutschland-war-ziel/>

25.12.2023

Joe Biden hat die Sprengung der Nord Stream Pipelines angeordnet, um zu sicherzustellen, dass Deutschland im Ukraine-Konflikt weiterhin im Fahrwasser der US-Politik bleibt. Dies schreibt der Investigativjournalist Seymour Hersh. Im Westen ist diese Ansicht weiter tabu.

Der Angriff auf die Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 am 26. September 2022 ist vom US-Präsidenten Joe Biden bewilligt worden und richtete sich mehr gegen Deutschland als gegen Russland. Diese Ansicht äußerte der US-amerikanische Investigativjournalist Seymour Hersh. In einem am Freitag veröffentlichten Beitrag in seinem Blog gab er an, dass die Ursache der Sprengung Washingtons Befürchtungen waren, dass Deutschland der Politik der USA im Rahmen des Ukraine-Konflikts nicht folgen würde.

Hersh gab an, dass die Sabotage der Gasleitungen mehrere Wochen vor dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine angeordnet wurde. Die Verantwortlichen aus den USA hätten geglaubt, Moskau damit abschrecken zu können. Ende Mai sei alles für den Anschlag bereit gewesen, allerdings hätte Biden den Angriff kurzfristig abgesagt, so Hersh weiter.

Nach Angaben des Journalisten erhielt das für die Sabotage der Pipelines verantwortliche Team den Auftrag, Sprengsätze an den Rohren anzubringen, die zu einem späteren Zeitpunkt ferngezündet werden konnten. Der Zeitpunkt der tatsächlichen Sprengung lege laut Hersh den Schluss nahe, dass sich der Angriff eher gegen Deutschland als gegen Russland richtete. Hersh schrieb dazu:

"Es scheint, dass der von Biden gewählte Zeitpunkt auf den Bundeskanzler Scholz abzielte. Nach Meinung einiger CIA-Mitarbeiter fürchtete sich der US-Präsident, dass Scholz, dessen Wähler bei Unterstützung der Ukraine zaghaft waren, sich angesichts des kommenden Winters auf Geschwätz beschränken und zum Schluss kommen könnte, dass die Wärme der eigenen Leute und der Wohlstand der eigenen Industrie wichtiger als die Unterstützung der Ukraine gegen Russland sei."

Hersh betonte, dass die Zerstörung der Pipelines eine wichtige Rolle bei Deutschlands wirtschaftlichen Problemen spielte und einen Prozess in Gang setzte, "den manche als rapide Deindustrialisierung bezeichnen". Wirtschaftsprobleme hätten auch unter anderem zur steigenden Beliebtheit der AfD beigetragen. Dennoch werde der Angriff auf Nord Stream bei der Analyse der Probleme der deutschen Wirtschaft weiterhin ausgeblendet. Hersh schrieb:

"Während der zehn Monate, seit ich meinen ersten Bericht über die Sabotage der Nord Stream veröffentlichte, haben die deutsche und die US-amerikanische Regierung und die Medien ihn entweder ignoriert oder alternative Erklärungen vorgelegt, wie und warum die Pipelines zerstört wurden. Die Idee, dass ein amtierender US-Präsident mutwillig die lebenswichtige Energiequelle eines nahen Verbündeten zerstören würde, bleibt, um Freud zu zitieren, ein Tabu."

Hersh hatte seine erste detaillierte Untersuchung der Sprengung von Nord Stream am 8. Februar 2023 veröffentlicht, wobei er sich auf anonyme Quellen "mit unmittelbarer Kenntnis der Einsatzplanung" berief. Washington stritt die Anschuldigungen ab. Russlands Präsident Wladimir Putin gab indessen an, dass er Herschs Analyse völlig zustimme und verwies darauf, dass der Angriff Washington einen Vorteil im Wettbewerb um die Gasversorgung Europas brachte.

* * *

Putin-Berater: Die USA "kannibalisieren" Europa

<https://freedert.online/international/190955-usa-kannibalisieren-europa-erklaert-putinberater/>

26.12.2023

Der Westen verfallt rapide, während die Wirtschaften Russlands und des Globalen Südens wachsen, sagte Maxim Oreschkin. Das künftige Wirtschaftswachstum sei vor allem in Asien und Afrika zu erwarten. Russland sei dabei, Japan als viertstärkste Wirtschaft der Welt abzulösen.

Laut dem Spitzenberater des russischen Präsidenten Putin in Wirtschaftsfragen, Maxim Oreschkin, habe das Beharren der USA auf einer Sanktionierung Russlands vor allem in der Wirtschaft der Europäischen Union (EU) einen Abschwung verursacht.

In einem Interview mit dem russischen Wochenmagazin für Wirtschaftsfragen *Expert*, das am Dienstag erschien, sagte Oreschkin, die Sanktionen, die seit dem Februar des vergangenen Jahres verhängt wurden, hätten dafür gesorgt, dass die EU sowohl ihre Energiesicherheit als auch einen bedeutenden Exportmarkt verloren habe.

Oreschkin verwies auf die zentralen Faktoren, auf denen der wirtschaftliche Wohlstand der EU beruhe, wie sie der Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell dargestellt habe. Unter ihnen würden sich die leichte Verfügbarkeit von Energieressourcen aus Russland, die Nutzung billiger Produktion in China und der Zugang zu dem russischen wie dem chinesischen Markt finden lassen.

"Der schrittweise Verlust dieser Faktoren führt die Wirtschaft der EU in eine langfristige Stagnation", argumentierte Oreschkin, "denn europäische Hersteller haben jetzt weder den Exportmarkt noch die technologischen Vorteile, die sie vor fünf bis zehn Jahren hatten".

Oreschkin warf den Vereinigten Staaten von Amerika vor, "ihre europäischen Partner zu kannibalisieren und die chemische, die Automobilindustrie und andere Industrien Europas zu zerstören." Dies geschehe mitten in einem breiteren Zerfall des Westens und seines wirtschaftlichen Modells.

"Die Wirtschaften des globalen Nordens – die USA, Japan, die EU – verlieren langsam ihren Status, ihre Bedeutung. Dieser schrittweise Verfall der Länder des globalen Nordens und das Wachstum der Länder des Ostens und Südens ist, was zukünftig die globale Wirtschaftslandschaft prägen wird", sagte Oreschkin zuvor und merkte dann an, dass China bereits zur führenden globalen Wirtschaftsmacht geworden sei, während Russland nun die größte Wirtschaft in Europa sei und dabei "auf dem Weg, Japan als viertgrößte Wirtschaft der Welt abzulösen".

Nach Ansicht des Präsidentenberaters werden die wichtigsten Teilnehmer der Weltwirtschaft ihre Entwicklungsstrategien in den kommenden Jahren auf die wachsenden Märkte in Asien und Afrika konzentrieren. Russlands Entwicklung werde die gleiche Richtung nehmen, hatte er zuvor betont, vor allem im Bereich der Energie.

"Je stärker das Wirtschaftswachstum [in Asien und Afrika], desto höher wird ihr Energieverbrauch und desto besser wird es den Energiemärkten gehen ... Für Russland besteht die entscheidende Aufgabe darin, bei dem, was wir herstellen, der effizienteste Produzent zu bleiben, was die Energie mit einschließt. Wir brauchen niedrigere Kosten, eine

effizientere Produktion, dann werden die Veränderungen, die auf den Energiemärkten anstehen, auf uns geringere Auswirkungen haben."

* * *

Die Niederlande spionierten Auschwitz-Überlebende aus

<https://freedert.online/europa/191078-niederlande-spionierten-auschwitz-ueberlebende-aus/>

27.12.2023

Die niederländische Regierung hielt das Auschwitz-Komitee für eine extremistische Gruppe und kommunistische Tarnorganisation. Sie schickte sogar einen Agenten in die Organisation. Die heutigen Mitglieder halten das für einen Skandal.

Der niederländische Inlandssicherheitsdienst (BVD) hat jüdische Bürger nach ihrer Rückkehr aus Auschwitz und anderen Nazi-Konzentrationslagern jahrzehntelang überwacht, berichtete das niederländische Portal *Het Parool* am Samstag. Die Überlebenden galten, nach den Dokumenten, die das Nationalarchiv letztes Jahr freigegeben und die das Portal analysiert hat, als Bedrohung für die Demokratie.

Der BVD betrachtete das niederländische Auschwitz-Komitee, das 1956 von Überlebenden des berüchtigten Nazilagers gegründet wurde, als extremistische Organisation, und stützte dies auf die Tatsache, dass seine Vorstandsmitglieder auch Mitglieder der Kommunistischen Partei der Niederlande (KPN) waren. Einzelne Vorstandsmitglieder wurden ausspioniert, und der BVD brachte sogar einen Informanten in der Organisation unter, dessen Berichte – die sich unter den Archivmaterialien fanden – die Treffen der Gruppe und Fahrten ins Ausland zum Gedächtnis an die Befreiung der Lager beschreiben.

Der jetzige Nachfolger des BVD, der Allgemeine Nachrichten- und Sicherheitsdienst (AIVD), bestand in einer Stellungnahme am Samstag darauf, dass die Holocaust-Überlebenden "nicht als Bedrohung gesehen wurden", sondern dass es insbesondere das niederländische Auschwitz-Komitee gewesen sei, das als "kommunistische Tarnorganisation" gesehen wurde, die eine Überwachung erfordere.

Mehrere historische Studien hätten belegt, dass die Organisation "von Kommunisten dominiert" worden sei, sagte der AIVD und drängte Kritiker, sich daran zu erinnern, dass zur Zeit der Überwachung der Kommunismus für "die große Bedrohung der nationalen Sicherheit" gehalten worden sei.

Der Dienst sagte, während er individuelle Akten nicht kommentieren würde, sollten alle "möglichen Untersuchungen von Personen" in einem Kontext der nationalen Sicherheit gesehen werden. In einem Schreiben des BVD an den Innenminister, das sich im Archiv fand, argumentierte der Vertreter des Dienstes, dass das niederländische Auschwitz-Komitee tatsächlich durch den prominenten Kommunisten Gerrit Blom geleitet werde, während sein nomineller Vorsitzender, Jos Slagter, nur als "sein Strohmann" diene. Die KPN stand in dieser Zeit ebenfalls unter Beobachtung.

Die Details der Treffen des niederländischen Auschwitz-Komitees, die der BVD für bedeutend hielt, sorgten jedoch bei seinen gegenwärtigen Mitgliedern und den Nachfahren der Überwachten für Stirnrunzeln. Eine Notiz, die eine Gedenkveranstaltung für Auschwitz in der Diligentia-Halle in Den Haag beschrieb, listete die Namen jüdischer Teilnehmer auf, zusammen mit dem Kommentar "viele Israeliten unter den Anwesenden", ein Detail, das der heutige Vorsitzende des niederländischen Auschwitz-Komitees, Jacques Grishaver, gegenüber *Het Parool* als "skandalös" bezeichnete.

"Was ist an einem Haufen alter Juden, die aus den Lagern kamen, extremistisch? Diese Leute haben Gutes getan, indem sie die Aufmerksamkeit auf die Opfer lenkten", merkte er an und bezeichnete die Enthüllungen als Beleg dafür, dass die niederländische Regierung weder erwartete noch wollte, dass ihre jüdischen Bürger aus der Internierung in Osteuropa zurückkehrten. Auch wenn er anerkannte, dass Blom tatsächlich versucht habe, das niederländische Auschwitz-Komitee durch Slagter zu beeinflussen, bestand er darauf, dass nur einige Mitglieder der Organisation je der KPN beigetreten waren, und nannte die Einordnung als kommunistische Tarnorganisation "unfair".

* * *

Kretschmann: "Wir sind wirkliche Einschnitte nicht mehr gewohnt"

<https://freedert.online/inland/191165-kretschmann-wir-sind-wirkliche-einschnitte/>

28.12.2023

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann zeichnet mit Lust eine düstere Zukunft. Das erinnert an Merkels "schwäbische Hausfrau", nur schlimmer. Hauptsache, der Klimawandel werde bekämpft.

Der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs droht den deutschen Bürgern: "Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Zeit des Füllhorns ihrem Ende zugeht." Die Menschen, behauptet er, seien Sparsamkeit nicht mehr gewohnt – als hätten alle Deutschen die vergangenen Jahre in Saus und Braus verbracht.

Die "Transformation", wie die Grünen die Zerstörung von Energiesicherheit und Industrie nennen, werde wehtun. "Es war ja immer mehr da zu verteilen. Das ist der Fluch einer langen Prosperitätsphase."

Eine "Prosperitätsphase", die gemäß der Sozialstatistik einen Niedriglohnsektor hervorbrachte, in dem 14,8 Prozent der Beschäftigten leben, und in der 27,8 Prozent der Rentner mit weniger als 1.000 Euro im Monat auskommen müssen.

Die Menschen seien Sparsamkeit nicht mehr gewohnt. Aber die Transformation müsse jetzt sein: "Der Kampf gegen den Klimawandel hat nur ein bescheidenes Zeitfenster."

"Zumutungen werden kommen. Da gibt es gar kein Vertun", meint Kretschmann gegenüber der *dpa*. Kretschmanns Einkommen wird auf mehr als 19.000 Euro monatlich geschätzt.

* * *

Analyse

"Das Gespenst eines großen Krieges": Was die Mobilmachung in Jemen bedeutet

<https://freedert.online/der-nahe-osten/190570-gespenst-grossen-kriegs-wozu-mobilmachung/>
22.12.2023

Die Huthi in Jemen verkünden eine allgemeine Mobilmachung, um an der Seite der Palästinenser gegen Israel zu kämpfen, während die USA eine Koalition zur Sicherung der Schiffsroute im Roten Meer schmieden. Experten befürchten, dass sich der Konflikt im Nahen Osten zu einem Regionalkrieg auswachsen könnte.

Von Alexander Karpow, Jekaterina Kiiko und Wladimir Dujun

Im Norden Jemens, der von den Huthi, also der Bewegung "Ansar Allah" ("Helfer Gottes") kontrolliert wird, ist eine allgemeine Mobilmachung zur Vorbereitung von Kämpfern für eine mögliche Teilnahme am palästinensisch-israelischen Konflikt ausgerufen worden, erklärte das Mitglied des Politbüros der Bewegung Chusam al-Assad.

"Was die allgemeine Volksmobilmachung zur Unterstützung unseres Volks angeht, wurde sie in allen Provinzen begonnen. Es wurden Trainingslager eingerichtet, Zehntausende junger Menschen meldeten sich freiwillig, um das Militärhandwerk zu erlernen, einige Gruppen absolvierten schon ihre Ausbildung in mehreren Provinzen von Jemen", zitiert ihn die Nachrichtenagentur *RIA Nowosti*.

Nach al-Assads Angaben werden die Kämpfer am Konflikt teilnehmen, "wenn es Bedingungen und Möglichkeiten gibt, um den Gazastreifen zu erreichen und an Kampfhandlungen teilzunehmen".

Krieg zur See

Ende November hatten die Huthi angekündigt, dass sie Kriegshandlungen gegen Israel zur Unterstützung der Palästinenser beginnen werden. Damals feuerten sie mehrere Drohnen und Marschflugkörper gegen Israel ab.

Vertreter von "Ansar Allah" äußerten auch Drohungen gegen die USA, die Tel Aviv unterstützen. Später kündigten die Rebellen an, alle Schiffe im Roten Meer anzugreifen, die mit Israel in Verbindung stehen. Ihre Aktionen bezeichneten sie als Reaktion auf die "israelisch-[US-]amerikanische Aggression" im Gazastreifen.

Nach der Ankündigung der Mobilmachung bekräftigten Vertreter der Bewegung ihre Drohungen gegenüber den USA und verkündeten ihre Bereitschaft, auch US-Schiffe anzugreifen, falls sie sich in die internen Angelegenheiten des Landes einmischen oder Jemen angreifen würden.

"Wir werden [US-]amerikanische Schiffe zu einer Zielscheibe für unsere Raketen machen, und wir müssen uns nicht vor dieser Bedrohung fürchten", erklärte der Anführer der Bewegung Malik al-Huthi.

Von Jemens Gebiet aus wurden mehrere Schiffe im Roten Meer angegriffen, einige davon wurden gekapert.

Kriegsschiffe, die zu Israels Unterstützung gemeinsam mit US-Trägerkampfgruppen in der Region eintrafen, fingen ihrerseits mehrmals Drohnen und Marschflugkörper ab, die von Jemen aus abgefeuert worden waren.

Wegen andauernder Angriffe und des Kaperns von Schiffen durch die Huthi stellte MAERSK, eines der weltgrößten Logistikunternehmen, seine Transporte durch das Rote Meer ein. Seinem Beispiel folgten bereits mehrere weitere Unternehmen, darunter der Öl- und Gasgigant BP.

Als Reaktion auf die Aktionen der Huthi gaben die USA am 18. Dezember den Beginn der "Operation Prosperity Guardian" bekannt.

"Die in jüngster Zeit zu beobachtende Eskalation von sinnlosen Angriffen der Huthi aus Jemen bedroht die Freiheit von Handelswegen, bringt unschuldige Seeleute in Lebensgefahr und widerspricht dem Völkerrecht. Das Rote Meer ist eine der wichtigsten Handelsrouten, ohne die die Freiheit der Seefahrt undenkbar ist, sowie ein großer kommerzieller Korridor, der den Welthandel ermöglicht. Es ist eine Herausforderung im internationalen Maßstab, die gemeinsame Aktionen erfordert", heißt es in einer vom Pentagon veröffentlichten Erklärung des US-Verteidigungsministers Lloyd Austin.

Zur Durchführung dieser Operation rekrutierten die USA eine internationale Koalition. Dieser schlossen sich Großbritannien, Bahrain, Kanada, Frankreich, Italien, die Niederlande, Norwegen, Seychellen und Spanien an.

Bemerkenswerterweise wurden in der Erklärung aus dem Pentagon keine konkreten militärischen Ziele angegeben, die diese Koalition erreichen sollte. Dabei gab der Kommunikationsdirektor des US-Sicherheitsrats John Kirby während einer Pressekonferenz bekannt, dass die Koalitionskräfte keine Zivilschiffe über das Rote Meer eskortieren werden.

"Man sollte hier keine Parallelen zur Vereinigung von Flotten während des Zweiten Weltkriegs ziehen. Diese Schiffe werden als Elemente eines Verbands im Rahmen einer Sondergruppe agieren. Allerdings wird ihre Stationierung im Roten Meer zur Präsenz von Handelsschiffen und der von Jemen ausgehenden Bedrohung proportional sein", sagte Kirby.

Allerdings wick der US-Beamte der Frage aus, warum Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die zuvor gegen die Huthi im Jemen gekämpft hatten, nicht an der "Operation Prosperity Guardian" teilnehmen werden.

Neue Geografie des Konflikts

Die Erklärung der Huthi, ihre Kämpfer nach Gaza schicken zu wollen, zeugt davon, dass sich die Grenzen des israelisch-palästinensischen Konflikts ausweiten, erklärte Andrei Koschkin, der Lehrstuhlinhaber für politische Analyse und sozialpsychologische Prozesse der Russischen Plechanow-Wirtschaftsuniversität, in einem Gespräch mit *RT*.

"Die Huthi wollten auch schon eher aktiv am Konflikt teilnehmen, doch die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien ließen sie nicht durch ihr Territorium passieren. Daraufhin begannen sie, Raketen und Drohnen abzufeuern und Frachtschiffe anzugreifen. Nach einem Monat begannen die USA ihren Militäreinsatz, doch Jemen greift auch weiterhin alle Schiffe in der Nähe an. Jetzt sehen wir, wie sich der Konflikt zwischen Palästina und Israel geografisch auszudehnen beginnt und neue Teilnehmer erfasst", erklärte der Analyst.

Offensichtlich bereite den USA diese Lage Sorgen, allerdings sei unklar, wie sie und ihre Verbündeten die Huthi zu neutralisieren beabsichtigen, fügte Koschkin hinzu.

"Eine Sicherung von zivilen Frachtschiffen allein ist ineffektiv. Eine Bodenoperation ist notwendig, doch es ist unwahrscheinlich, dass sich die USA dazu entschließen", erklärte der Experte.

Die Biden-Administration könne gegenwärtig die militärische Finanzierung der Ukraine und Israels nicht bewilligen, während die Entwicklung in Jemen außergewöhnlich sei und es gar keine Mittel für eine Bodenoperation gebe.

"Andere Teilnehmer der Koalition werden sich ebenfalls kaum solche Kosten aufbürden wollen", meinte der Politologe.

Dabei beeinträchtige die Lage im Roten Meer inzwischen direkt den westlichen Wohlstand, betonte er:

"Die Öl- und Gaspreise sind stark angestiegen, weil Schiffe, die sie transportieren, nun auf ihrem Weg nach Europa ganz Afrika umfahren müssen", merkte er dazu an.

Jelena Suponina, eine Kennerin des Nahen Ostens und Expertin des Russischen Rats für internationale Angelegenheiten, vermutete ihrerseits in einem Gespräch mit *RT*, "Ansar Allah" werde wohl kaum am palästinensisch-israelischen Konflikt unmittelbar an der Frontlinie teilnehmen können.

"Die Huthi machen diese Ankündigungen eher für den internen Gebrauch sowie zur Festigung ihrer regionalen Kontakte. Eine physische Möglichkeit, ihre Kämpfer in den Gazastreifen zu schicken, haben sie nicht. Dieser Teil des palästinensischen Gebiets ist gegenwärtig völlig von Israel blockiert, ein Einmarsch aus Ägypten scheint auch nicht möglich zu sein. Das Beste, was die Huthi können, sind Raketenangriffe. Doch die symbolische Bedeutung der Solidarität mit den Palästinensern ist zweifellos sehr groß", erklärte Suponina.

Nach Meinung des Militärexperten Iwan Konowalow zeugt die von den Huthi verkündete Mobilmachung – und ebenso der Beginn der Seeoperation der USA – von einer Eskalation der Lage im Nahen Osten sowie davon, dass derzeit keine Deeskalation in Aussicht ist.

"In vielerlei Hinsicht ist das dadurch bedingt, dass die Seiten keine Berührungspunkte finden können, während ihre Verbündeten es nicht einmal versuchen. Die Seiten sind unversöhnlich, und um Verhandlungen zu erwirken, wären sehr ernsthafte Anstrengungen nötig. Möglichkeiten dazu gibt es, aber es ist unabdingbar, dass auch andere neben Russland darauf bestehen. Doch die USA tun weiterhin ihr Möglichstes, damit der Konflikt kein Ende findet", sagte der Experte.

Konowalow äußerte auch seine Zweifel daran, dass die USA die Huthi mit militärischen Mitteln würden beeinflussen können:

"Der Krieg in Jemen tobt seit Langem. Er wird von einer Koalition mit Saudi-Arabien an der Spitze geführt, und in diesem Rahmen werden die Huthi regelmäßig angegriffen. Dies brachte keine Änderungen, was somit die Frage aufwirft: Wie sollen die Angriffe der USA die Lage ändern können?"

Jelena Suponina ist der Ansicht, dass die Gefahr eines großen Konflikts in der Region weiterhin besteht.

"Jetzt traten alle ein wenig vom Abgrund zurück, hinter dem ein großer regionaler Krieg droht, aber nicht genügend weit weg. Im Oktober war der Konflikt in seiner gefährlichsten Phase. Die neue Spirale der Eskalation, diesmal im Zusammenhang mit den Huthi, führt uns wieder näher an diesen Abgrund heran. Das Gespenst eines großen Krieges zwischen Iran einerseits und Israel, den USA und deren Verbündeten andererseits wird in nächster Zukunft weiter umgehen. Die Lage ist ziemlich ernst, doch eine Chance, die schlimmsten Folgen zu vermeiden, ist noch gegeben", schlussfolgerte die Gesprächspartnerin gegenüber RT.

Übersetzt aus dem Russischen

* * *

Machtkampf in der Ukraine: Selenskij wird Verantwortung für Wehrpflichtkrise übernehmen müssen

<https://freedert.online/international/190588-machtkampf-in-ukraine-selenskij-wird/>
23.12.2023

Saluschny weiß besser als jeder andere in der Ukraine, dass der von seiner Seite angestrebte maximale Sieg über Russland unmöglich ist, aber er wird trotzdem angestrebt, weil es letztlich Selenskij's Entscheidung ist, ob der Konflikt fortgesetzt wird oder nicht.

Von Andrew Korybko

Auf einer Pressekonferenz am Dienstag gab Selenskij bekannt, dass das Militär bis zu einer halben Million zusätzlicher Wehrpflichtiger mobilisieren will. Er sagte jedoch, dass er vorerst keine Entscheidung darüber treffen wird, bis er mehr Informationen darüber erhalten habe, was diese neuen Truppen machen werden. Seine Ankündigung folgte auf die freimütige Erklärung des leitenden Beraters Podoljak im nationalen Fernsehen Anfang des Monats, dass der Staat bald eine selbst so bezeichnete "Propagandakampagne" starten wird, um die Einberufung zu unterstützen.

Das Scheitern der Gegenoffensive hat die ukrainische Moral zerrüttet, die Unterstützung des Westens geschwächt und die bereits bestehenden politischen Rivalitäten in Kiew verschärft, was insgesamt zu einer Explosion der öffentlichen Wut geführt hat, die Selenskij letzten Monat präventiv zu diskreditieren versuchte, indem er behauptete, Russland plane einen "Maidan 3" gegen ihn. Der mächtige "Atlantic Council" kaufte ihm diese Lüge jedoch nicht ab, und einer seiner Experten forderte ihn in einem Beitrag für *Politico* auf, eine "Regierung der nationalen Einheit" zu bilden, um die Wut zu bewältigen und abzumildern.

Der wichtigste außenpolitische Kolumnist der *Financial Times* ging noch einen Schritt weiter und zitierte in seinem jüngsten Artikel einen ungenannten ehemaligen US-Beamten, der sagte: "Wir müssen das Narrativ umdrehen und sagen, dass Putin gescheitert ist", um einen "öffentlich plausiblen Vorwand" für ein "Land-für-Frieden"-Abkommen mit Russland zu schaffen. Präsident Putin hat in diesem Monat deutlich gemacht, dass er nicht daran interessiert ist, den Konflikt einfach nur zu pausieren, aber er ist immer noch offen für politische Mittel, um Russlands sicherheitsrelevante Ziele in diesem Konflikt zu erreichen.

Selenskij ist trotz des beschriebenen Drucks des Westens nicht an einer Wiederaufnahme solcher Gespräche interessiert, und der Westen zögert, die Zugeständnisse zu billigen, die Russland für die Zustimmung zu einer "Land-für-Frieden"-Vereinbarung verlangt. Aus diesem Grund bereitet sich Selenskij auf eine mögliche russische Offensive vor, indem er die gesamte Front verstärkt, während der Westen möglicherweise ein Täuschungsmanöver gegen Weißrussland inszeniert, um den Konflikt zu eskalieren und Russland zu zwingen, seine geforderten Zugeständnisse

zurückzunehmen. In dieser ausweglosen Situation hat sich die Krise um die Wehrpflicht in der Ukraine verschärft.

Die *New York Times* (NYT) veröffentlichte letzte Woche einen äußerst unangenehmen Artikel mit dem Titel "'Menschenfänger': Ukrainische Rekrutierer setzen harte Taktiken ein, um Stellen zu besetzen", dem in dieser Woche der Artikel des *Wall Street Journal* mit dem Titel "Ukraines Frontlinientruppen werden älter: 'Körperlich schaffe ich das nicht mehr'" folgte. Dazwischen gestand der ukrainische Militärangeheimdienstchef Budanow offen ein, dass die "Effizienz" der Wehrpflichtigen seines Landes "nahezu null" sei, und es sei nicht schwer zu verstehen, warum.

In einem anderen Artikel der NYT wurde kürzlich berichtet, dass "ukrainische Marineinfanteristen bei der Überquerung des Flusses Dnepr auf einem 'Selbstmordkommando' sind", wobei ein Hauch von Meuterei mitschwang, da die primären Quellen Gefahr liefen, wegen Ungehorsamkeit angeklagt zu werden, weil sie hinter dem Rücken ihrer Vorgesetzten ausländische Medien über diese suizidale Situation informierten.

Das *Time Magazine* enthüllte ebenfalls Ende Oktober, dass einige Frontkommandeure aufgrund von Waffen- und Truppenmangel begonnen hatten, den Befehlen des Präsidialamtes zur Offensive zu widersprechen.

Während sich die Wehrpflichtkrise in der Ukraine verschlimmert, hat die Popularität des Oberbefehlshabers Saluschny stark zugenommen, wie eine Mitte November durchgeführte Umfrage zeigte, die von *The Economist* in einem ihrer Artikel am Monatsende zitiert wurde und auf die der zuvor erwähnte Experte des "Atlantic Council" Bezug nahm. Der russische Auslandsgeheimdienstchef Naryschkin präsentierte in der vergangenen Woche eine Prognose über die Pläne des Westens, Selenskij durch Saluschny oder eine der anderen führenden Persönlichkeiten zu ersetzen, die genau eine Woche vor dem Artikel des Experten erfolgte.

Seine Popularität ist parallel zur öffentlichen Wut auf die Behörden gestiegen, die größtenteils durch Selenskij's Zwangsrekrutierungspolitik angetrieben wird. Er deutete zuletzt an, dass er bald versuchen könnte, eine weitere halbe Million Menschen von der Straße zu holen, falls er dem zustimme, was er als die neueste Forderung des Militärs bezeichnet. Hierin liegt jedoch der Widerspruch, denn es war Saluschny's Aussage gegenüber *The Economist* Anfang November, dass der Konflikt in eine Sackgasse geraten sei, was seine bereits bestehende Rivalität mit Selenskij noch verschärfte.

Saluschny weiß besser als jeder andere in der Ukraine, dass der von seiner Seite angestrebte maximale Sieg über Russland unmöglich ist, aber er wird trotzdem angestrebt, weil es letztlich die Entscheidung des Präsidenten ist, ob der Konflikt fortgesetzt wird oder nicht. Selenskij's Befehl, die gesamte Front zu verstärken, anstatt auf den beschriebenen Druck des Westens hin die Friedensgespräche mit Russland wieder aufzunehmen und die von Russland geforderten Sicherheitszugeständnisse ungeachtet seiner Schirmherren einseitig zu erfüllen, ist der Grund, warum mehr Wehrpflichtige eingezogen werden müssen.

Als Reaktion auf diese militärischen Aufgaben, die ihm gegen seinen mutmaßlichen Willen auferlegt wurden, informierte Saluschny vermutlich Selenskij, dass dies nur mit einer halben Million zusätzlicher Soldaten möglich sei. Doch Selenskij verfälschte die Wahrheit und ließ es so aussehen, als hätte sein Hauptkonkurrent diese Forderung auf eigene Faust gestellt. Diese Verdrehung der Wahrheit sollte die öffentliche Wut gegen Saluschny lenken, obwohl es Selenskij selbst ist, der aus eigennützigen politischen Gründen den Konflikt aufrechterhalten will, während er sich endlich zu beruhigen beginnt.

Der einzige Grund, warum er zu solchen Tricks greift, ist, dass er anscheinend befürchtet, dass ein echter "Maidan 3" zusammen mit einer bevorstehenden Meuterei heranreift. Ersteres könnte vom Westen gefördert werden, um den "öffentlichen plausiblen Vorwand" für das Letztere zu schaffen, vorausgesetzt natürlich, dass die Entscheidung getroffen wird. Das ist bisher noch nicht geschehen, aber diese zusammenhängenden Szenarien werden von Selenskij als glaubwürdig genug angesehen, um vorbeugend zu versuchen, die öffentliche Wut gegen seine Hauptkonkurrenten zu lenken, um sie zu verhindern.

Die Quintessenz dieser skandalösen Enthüllung während der Pressekonferenz am Dienstag ist, dass der ukrainische Führer von allen Seiten unter Druck steht, aber dennoch an seinen messianischen Vorstellungen eines maximalen Sieges über Russland festhält, wie es das *Time Magazine* laut einem ungenannten hochrangigen Mitarbeiter beschrieben hat. Dies intensiviert die sich zuspitzenden Krisen des Landes weiter und bringt alle wichtigen Akteure näher an den scheinbar unvermeidlichen Höhepunkt, bei dem einer von ihnen entweder nachgibt oder aus Verzweiflung einen Machtkampf gegen den anderen startet.

Übersetzt aus dem Englischen

Andrew Korybko ist ein in Moskau ansässiger amerikanischer Politologe, der sich auf die US-Strategie in Afrika und Eurasien sowie auf Chinas Belt & Road-Initiative, Russlands geopolitischen Balanceakt und hybride Kriegsführung spezialisiert hat.

* * *

Keine Chance für "Wunderwaffen" und "Rheinmetall" – Interessantes aus dem Gerassimow-Bericht

<https://freedert.online/europa/190842-keine-chance-fuer-wunderwaffen-und-rheinmetall-interessantes-gerassimow-bericht/>

25.12.2023

Der Chef des russischen Generalstabs, Waleri Gerassimow, lieferte in seinem öffentlichen Vortrag vor Militärattachés interessante Details zum Verlauf und Perspektiven des Ukraine-Kriegs. Der Telegram-Kanal "Militärchronik" liefert eine Analyse dazu.

Waleri Gerassimow gibt nicht oft lange öffentliche Berichte ab, aber die Rede des Armeegenerals und Chefs des Generalstabs (CGS) am 21. Dezember enthielt neben allgemeinen Phrasen auch äußerst interessante Details. Nach den vom ihm vorgelegten Folien zu urteilen, hatten die ukrainischen Streitkräfte (AFU) tatsächlich vor, die Sommeroffensive nach einem Plan durchzuführen, der lange vor Beginn der tatsächlichen Kampfhandlungen offensichtlich war.

Überdies hatten die russischen Streitkräfte den Plan des Feindes vorausgesehen und frühzeitig mit dem Bau von Verteidigungslinien in den am stärksten bedrohten Gebieten begonnen. In Anbetracht des Umfangs der Bauarbeiten und der damit verbundenen Mittel sowie des Zeitplans für den Bau der Verteidigungsgürtel können wir erst jetzt vollständig beurteilen, inwieweit der Generalstab der russischen Streitkräfte den Plänen der AFU und der NATO-Streitkräfte voraus war.

Was fällt sonst noch ins Auge?

Interessant ist auch, dass der russische Generalstab entgegen den Behauptungen einiger kritischer Blogger und "Experten" die Lage nicht nur richtig eingeschätzt hat, sondern sich in Vorbereitung auf künftige Ereignisse rückversicherte.

Des Weiteren wurde während des Briefings die Planung der AFU-Offensivkampagne offengelegt. Wie aus den Unterlagen des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation hervorgeht, war der Plan äußerst ehrgeizig: Geplant waren Angriffe in gleich vier (!) Operationsrichtungen sowie die Bewältigung eines großen Wasserhindernisses. Selbst die deutsche Armee operierte bei Kursk nur in zwei Richtungen, und die AFU ist in den allermeisten Aspekten nicht die Wehrmacht von 1943. Besonders bemerkenswert ist, dass die AFU eine Offensive in der Nähe von Cherson plante, bei der sie den Dnjepr in zwei Richtungen gleichzeitig überqueren wollte.

Es ist hervorzuheben, dass die AFU (augenscheinlich mithilfe der NATO) eine offensive Operation gegen die russischen Streitkräfte geplant hatte. Allerdings wusste der russische Generalstab bereits im Sommer 2023, wen, in welcher Zahl und wo sie angreifen würden, und war bereit, einen Schlag abzuwehren. Infolgedessen tappten die AFU in eine Falle: Sie propagierten die Offensive im Voraus, unterschätzten die Verteidigung der russischen Streitkräfte und weder die ukrainische Führung noch das AFU-Kommando zeigten Flexibilität bei der Planung und Durchführung von Kampfhandlungen, wobei dem letzten nun alle Fehler für das Scheitern der Offensive angelastet werden.

Nach den von Gerassimow vorgelegten Daten umfasste die offensive Gruppierung der AFU ursprünglich 50 Bataillone, mit anderen Worten: Wenn wir in typischen Brigaden der AFU drei Bataillone zählen, waren das ungefähr 16,6 Brigaden in der Hauptrichtung Saporoschje. Es muss betont werden, dass das AFU-Kommando allem Anschein nach nicht in der Lage war, vollwertige Armeekorps vorzubereiten und sie als operativ-taktische Formationen mit einer geeigneten Struktur und Mitteln zur Unterstützung und Verstärkung einzusetzen.

Im Gegenteil. Zunächst wurden 50 Bataillone an einem bestimmten Punkt der Karte eingesetzt, dann wurde diese Zahl auf 80 erhöht. All diese Ressourcen wurden innerhalb von sechs Monaten stückweise, in kleinen Portionen und praktisch ergebnislos eingesetzt.

Die Gesamtzahl der Verluste der ukrainischen Streitkräfte in allen Richtungen belief sich nach einem halben Jahr auf 160.000 Menschen. Mit anderen Worten: Das AFU-Kommando zeigte keinerlei Geschick im Umgang mit großen Verbänden auf dem Schlachtfeld, obwohl die Offensive als strategisch wichtig eingestuft worden war.

Praktisch unbemerkt blieb die Aussage des russischen Chefs des Generalstabs, dass während der AFU-Offensive strategische Reserven zum Einsatz kamen. Wenn man die derzeitige Aktivierung der russischen Streitkräfte in allen Richtungen berücksichtigt, kann man sagen, dass die Reserven der AFU nach den Aktivitäten der Sommeroffensive ernsthaft erschöpft sind. Um in der Lage zu sein, auf die Aktionen der russischen Streitkräfte zu reagieren, wie es die Kampfsituation erfordert, müssen sie wiederhergestellt werden und das ist ein schwieriger und langwieriger Prozess.

Glaubt man den Thesen des Gerassimow-Berichts, so ist es für die AFU unter anderem wegen der zahlreichen russischen Angriffe im ukrainischen Hinterland schwieriger geworden, Reserven zu sammeln.

In seinem Bericht nennt der CGS eine Zahl von mehr als 1.500 beschädigten Einrichtungen der Kontrolle, Industrie usw., was sich kurz- und mittelfristig zwangsläufig auf die Qualität der Ausbildung und Ausstattung der ukrainischen Truppen auswirken muss.

Es ist klar, dass es sich bei der Industrie eher um Werkstätten als um große industrielle Produktionsanlagen handelt, aber die Häufigkeit der Angriffe, ihre Tiefe und Intensität deuten darauf hin, dass die Anfang 2023 angekündigten Pläne zum Bau von Bayraktar- oder Rheinmetall-Rüstungsfabriken in der Ukraine wahrscheinlich nicht verwirklicht werden können.

Gesondert erwähnenswert sind die Thesen des CGS zur Frage der Lieferung britischer und französischer Storm Shadow-/SCALP-Marschflugkörper.

Gerassimow sagte, dass "das Vereinigte Königreich und Frankreich 200 Luft-Boden-Lenkflugkörper an Kiew übergeben haben". Und er sagte auch, dass mehr als 100 Storm Shadow-Luft-Boden-Raketen von Luftabwehrsystemen zerstört worden seien. Da der Einsatz westlicher Raketen die Lage an der Front nicht grundlegend verändert hat (und weiterhin nicht verändert), kann man sagen, dass der Einsatz von "Wunderwaffen" die Erwartungen nicht erfüllt hat.

Als Beispiel sei hier eine bemerkenswerte Episode angeführt. Im Herbst wurde eine Brücke bei Gorlowka durch einen Raketeneinschlag zerstört. Diesem Treffer folgte jedoch nichts, auch nicht der Beginn einer großangelegten Militäraktion. Es gab zaghafte Versuche der AFU, in der Grauzone bei Gorlowka aktiv zu werden, aber der Höhepunkt war lediglich das Aufstellen einer Fahne auf einer Abraumhalde. Sie wurde einen Tag später wieder entfernt.

Übersetzung aus dem Russischen.

* * *

Wie sich der Libanon auf einen Krieg mit Israel vorbereitet, den er nicht will

<https://freedert.online/der-nahe-osten/190853-wie-sich-libanon-auf-krieg/>

26.12.2023

Ein Korrespondent von RT berichtet aus dem Libanon, einem Land, das unter einer heftigen Wirtschaftskrise und israelischem Beschuss leidet, und wie dort über den sich anbahnenden Krieg mit Israel gedacht wird. Ein Krieg, den man eigentlich nicht anstrebt.

Von Abbas Juma

Der Libanon stand in den vergangenen Jahren vor vielen Herausforderungen. Da waren zunächst die Bürgerproteste, die in ihren Anfängen einem bunten Karneval ähnelten, aber sehr bald in einen absoluten Albtraum mündeten. Anschließend wurde das Land von einer Liquiditätskrise heimgesucht, die zu einer enormen Inflation führte. Daraufhin folgte die gigantische Explosion im Hafen von Beirut, bewaffnete Auseinandersetzungen und die Tötung schiitischer Demonstranten. Infolgedessen brach buchstäblich eine bleierne Dunkelheit über Beirut herein, da es aufgrund der Wirtschaftskrise zu landesweiten Stromausfällen kam. Die Probleme bei der Stromversorgung sind noch immer nicht gelöst und die Inflation steigt kontinuierlich weiter.

All diese Probleme und Missstände sind jedoch in den Hintergrund getreten, nachdem der Libanon mit einem drohenden Krieg konfrontiert ist. Das benachbarte Palästina – genauer, der Gazastreifen – wird bombardiert und es besteht die Gefahr, dass auch der Libanon zum Brandherd wird. Die Situation wird durch die Ideologie der bewaffneten libanesischen Gruppierung Hisbollah verschärft, die es sich zum Ziel gemacht hat, Jerusalem von den Israelis zu befreien. Die Bewegung greift regelmäßig Stellungen der israelischen Armee an der Grenze zum Libanon an, was Israel wiederum dazu veranlasst, zurückzuschlagen und die südlichen Regionen des Libanons zu bombardieren.

Keine Einheit

Man kann nicht sagen, dass die Stadt Sidon im Süden des Libanon ein gefährlicherer Ort sei als Beirut. Noch weiter südlich, in Tyros, ist alles relativ ruhig, außer dass man aus der Ferne

Explosionsgeräusche hören kann. Ehrlich gesagt dachte ich, dass ich einem deprimierenderen Bild begegnen würde. Nachdem ich durch mehrere libanesischen Städte gefahren bin, kann ich jedoch sagen, dass das Leben dort grundsätzlich friedlich weitergeht.

"Neunzig Prozent der Libanesen sehen keinen Grund gegen Israel zu kämpfen, und sie sind auch nicht bereit für einen Krieg", sagte mir der libanesischer Journalist Wafiq al-Hiwari, den ich über Freunde in Sidon kennengelernt habe. Der überaus erfahrene Libanese berichtet seit vielen Jahren über die politische Situation in seinem Land und spricht nicht gern über globale Politik. Wafiq ist ein erbitterter Gegner der Aufteilung des Libanon in Zonen aufgrund religiöser Überzeugungen. Er beklagt, dass es im Libanon heute keine Einheit mehr gebe – das Land sei in Einzelteile zerbrochen und hat sich zwischen Schiiten, Sunniten, Drusen und Christen aufgespalten.

"Dieser Konflikt in Gaza hat uns bereits viele Probleme bereitet. Etwa 60.000 Libanesen, die an der Grenze zu Israel lebten, mussten ihre Häuser verlassen. Etwa 70 Prozent von ihnen kamen bei Verwandten und Freunden unter. Und das in wirtschaftlich äußerst schwierigen Zeiten."

RT: Was denken Sie persönlich über die Situation in Gaza?

Wafiq: *Natürlich verurteile ich Israel. Und es tut mir weh, unschuldige Menschen sterben zu sehen. Aber wenn Sie mich jetzt zum Beispiel bitten würden, an einer Demonstration teilzunehmen, würde ich Ihnen sagen, dass ich eine kranke Mutter und Geldprobleme habe und mich lieber um meine Familie kümmern möchte.*

RT: Denken die meisten Leute so?

Wafiq: *Im Allgemeinen, ja. Die Krise hat die libanesischen Gesellschaft gelähmt. Es gibt keine Kraft mehr für politischen oder sozialen Aktivismus. Überdies polarisiert die religiöse Spaltung auch die Gesellschaft. Fragt man Christen – zum Beispiel die Mitglieder der Freien Patriotischen Bewegung – werden sie sagen, dass sie diese Situation nicht betrifft. Sie werden sagen, dass die Hisbollah einen weiteren Konflikt begonnen hat und eine Bedrohung für die Sicherheit des Libanon darstellt. Wenn Sie die Drusen fragen, werden sie Ihnen sagen, Sie sollen abwarten, wie die Dinge ausgehen. Das war im Laufe der Geschichte schon immer ihre Philosophie. Wenn man die Sunniten fragt, werden sie sagen, dass sie gegen Israel sind, aber sie hassen die Hisbollah noch mehr und glauben, dass sie sich mit Israel verschworen hat, um gegen die Sunniten vorzugehen. Und die Schiiten werden erklären, dass sie die Einzigen sind, die bereit sind, gegen Israel zu kämpfen, und sie den Kampf gegen die Besatzer fortsetzen werden, bis Jerusalem vollständig befreit ist.*

Mit anderen Worten: Weder in der Palästinenserfrage noch in anderen Fragen herrscht im Libanon Einigkeit.

Ihrer Heimat beraubt

Die einzigen Menschen im Libanon, die den Gazastreifen eindeutig unterstützen, sind die Bewohner der palästinensischen Flüchtlingslager. Im Libanon gibt es zwölf solcher Lager. Das größte ist Ain al-Hilweh in der Stadt Sidon im Süden des Landes. Allerdings verbindet die lokale Bevölkerung diese Lager weniger mit Palästina als vielmehr mit Armut und Kriminalität.

Die palästinensischen Flüchtlingslager sind ein einzigartiges Phänomen. Auf ihrem Territorium gelten keine libanesischen Gesetze, und es gibt keine Polizei- oder Militärkräfte, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen. De jure soll die palästinensische Fatah-Partei, die diesbezüglich ein Abkommen mit dem offiziellen Beirut geschlossen hat, in vielen Lagern für

Ordnung sorgen. De facto werden Lager wie Ain al-Hilweh jedoch von unabhängigen bewaffneten Gruppen kontrolliert, die gegeneinander um das Territorium und das Recht auf Geschäfte kämpfen. Alles, was die libanesischen Behörden tun konnten, war, eine Mauer um das Lager herum zu errichten und es rundherum zu bewachen.

In anderen Lagern ist das Leben etwas einfacher. Beispielsweise kann man das Gebiet des Flüchtlingslagers Burj al-Barajneh in Beirut problemlos betreten. Überall sind palästinensische Flaggen, Transparente zur Unterstützung der Hamas und Porträts palästinensischer Führer zu sehen. Die Situation ist angespannt, die Menschen sind arm und es gibt große Probleme mit der Stromversorgung. In allen Flüchtlingslager ziehen sich viele verwickelte Kabel entlang der Gebäudefassaden und überziehen die Häuser wie riesige Spinnennetze.

In Burj al-Barajneh leben etwa 21.000 Palästinenser und 12.000 Syrer. Das Flüchtlingslager Schatila, das nur wenige Gehminuten von Burj al-Barajneh entfernt liegt, ist kleiner – dort leben 20.000 Menschen, die Hälfte davon Palästinenser. Die Leute beschwerten sich darüber, dass Schatila zu einem Zentrum für Drogenhandel geworden ist. Die hohe Kriminalitätsrate ist eine Folge dieses Problems. Die meisten Käufer von Drogen sind Teenager aus Beirut, aber manchmal kommen auch hochgestellte Leute hierher, um nach harten Drogen oder sogar Waffen zu fragen. Die Einheimischen reden nicht gern darüber, aber diejenigen, mit denen ich ins Gespräch kommen konnte, deuteten an, dass viele Menschen in dieses kriminelle Geschäft verwickelt sind, darunter auch die Behörden.

Ansonsten sind die palästinensischen Lager mit allem ausgestattet, was für ein normales Leben notwendig ist – es gibt Geschäfte, Cafés, Schulen, Kindergärten und viele medizinische Einrichtungen, in denen die medizinische Versorgung viel günstiger ist als in anderen Teilen Beiruts. Deswegen suchen libanesischer Bürger häufig die Flüchtlingslager für medizinische Behandlung auf. Sie sagen, dass die Ärzte manchmal sogar besser sind als jene, im Rest des Libanon. Besonders gelobt werden syrische Zahnärzte und Optiker.

Der Atmosphäre in den palästinensischen Lagern nach zu urteilen, sind die Bewohner definitiv radikaler gesinnt als gewöhnliche Libanesen. Neben Porträts von Führern der Hamas und des Islamischen Dschihad, findet man möglicherweise auch Bilder von Kadern der Hisbollah. Die schiitische Bewegung erfreut sich hier großer Beliebtheit, und das aus gutem Grund.

Der libanesische Widerstand wartet in den Startlöchern

Vor einigen Tagen erklärte der Pressedienst der israelischen Verteidigungskräfte (IDF), dass Israel bereit sei, seine Streitkräfte zusammenzuziehen und die Hisbollah anzugreifen. Ähnliche Aussagen hatte Israel bereits zuvor gemacht. So sagte etwa der israelische Ministerpräsident Netanjahu, dass der Libanon das gleiche Schicksal erleiden würde wie der Gazastreifen, wenn die Hisbollah weiterhin israelisches Territorium beschießen würde. Meine Quellen bei der Hisbollah sagten mir, dass sie diese Drohungen als einen Versuch betrachten, die libanesische Gesellschaft einzuschüchtern, damit das Volk Druck auf die Bewegung ausübe.

Die Hisbollah ist bisher nicht vollständig in den Krieg mit Israel verwickelt. Aber auch sie ist nicht völlig passiv geblieben. So erklärten unter anderem die hochrangigen Hisbollah-Funktionäre Haschim Safi al-Din und Scheich Naim Qassem kürzlich, dass der Widerstand im Libanon die Ereignisse in Palästina nicht nur stillschweigend beobachten, sondern die Bewohner im Gazastreifen auf jeden Fall unterstützen werde.

Nach der Erklärung des Generalsekretärs der Hisbollah, Seyyed Hassan Nasrallah, in der er Israel scharf verurteilte, erwartete die ganze Welt sensationelle Ereignisse und glaubte sogar, dass um den

3. November herum ein großer regionaler Krieg ausbrechen würde. Allerdings machte die Bewegung keine Aussagen zur Eröffnung einer zweiten Front – eine Tatsache, die einige Menschen erfreute und viele andere enttäuschte. Kurz gesagt, erklärte die Hisbollah, dass nicht alle militärischen Entscheidungen die Öffentlichkeit betreffen. Angeblich werden die Pläne tief im Verborgenen entwickelt und geheim gehalten.

"Was an der libanesischen Front passiert, wird davon abhängen, was in Gaza passiert", sagte Hassan Nasrallah. Er fügte hinzu, dass alle Szenarien offen seien und jederzeit eine bestimmte Vorgehensweise gewählt werden könne. "Wenn ein regionaler Krieg ausbricht, werden weder die israelische Marine noch die Luftwaffe uns daran hindern, die Streitkräfte Israels und der Vereinigten Staaten zu zerstören", drohte der Generalsekretär der Hisbollah.

Was kommt als Nächstes?

Die Spannungen entlang der libanesisch-israelischen Grenze bleiben hoch. Die aktuelle Situation stellt die größte Bedrohung seit dem Libanonkrieg 2006 dar. Die israelischen Behörden evakuierten alle Bürger, die an der Grenze zum Libanon lebten. Auch viele Libanesen mussten ihre Häuser verlassen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Huthi im Jemen Israel mit Raketen angreift und Frachtschiffe israelischer Unternehmen beschlagnahmt hat. Darüber hinaus versuchen iranisch orientierte schiitische Milizen im Irak und in Syrien regelmäßig, US-Infrastruktur in diesen Ländern anzugreifen.

Die libanesischen Experten, mit denen ich sprechen konnte – darunter der Politologe Fadi Budaya, der Journalist Wafiq al-Hiwari und viele andere – sind sich sicher, dass Israels Premierminister Benjamin Netanjahu ein Loch gegraben hat und in die von ihm selbst geschaffene Grube gefallen ist. Einerseits kann er nicht schweigen, andererseits verlängern seine Aktionen lediglich den Konflikt und könnten eine unangenehme Zukunft für Israel mit sich bringen, zumal die Militäroperation im Gazastreifen bereits viele Nationen gegen das Land aufgebracht hat.

Die Mehrheit der Libanesen hat jedoch mit dringenderen Problemen zu kämpfen als mit der Palästinenserfrage. Trotz der anhaltenden Krise hat das Land seine kritische Phase überstanden – nach den beunruhigenden politischen Ereignissen der vergangenen Jahre haben sich die Menschen beruhigt und das Leben hat begonnen, sich zu stabilisieren. Mit Ausnahme der Hisbollah ist heute also niemand im Libanon wirklich bereit, zu kämpfen.

Übersetzt aus dem Englischen.

Abbas Juma ist ein international tätiger Journalist und politischer Kommentator für den Nahen Osten und für Afrika.

* * *

Wer ruft in Belgrad zum "Maidan" auf?

<https://freedert.online/europa/190913-wer-ruft-in-belgrad-zum-maidan-auf/>

26.12.2023

Mehr als 38 festgenommene Demonstranten und mehrere verletzte Polizisten sind die Bilanz der in Gewalt und Zerstörung ausgearteten Proteste der Opposition am Sonntag in Belgrad. Die Polizei wirft den Randalierern vor, mit ihrem Verhalten eine Änderung der Verfassungsordnung durchdrücken zu wollen.

Von Marinko Ućur

Die Organisatoren der Proteste, die sich in der Koalition "Serbien gegen Gewalt" zusammengeschlossen haben, wollten diese friedlich gestalten, verloren aber in einem Moment die Kontrolle und es kam zu den gewalttätigen Szenen. Der Oppositionsführer und ehemalige Bürgermeister von Belgrad, Dragan Đilas, reagierte zwar auf die Anschuldigungen, einer der Anstifter der Demonstrationen zu sein. Als diese jedoch zu aggressiv wurden, beschuldigte er Hooligans und Fußballfans, hinter der Gewalt zu stecken.

Neu an der Unzufriedenheit mit der angeblichen Unregelmäßigkeit im Wahlverfahren, deren Ordnungsmäßigkeit nicht ernsthaft infrage gestellt wurde, ist die Tatsache, dass die Oppositionsparteien Studenten der Universität Belgrad in die Proteste einbezogen haben. Am Montag blockierten Studenten einige Straßen der Stadt und veranstalteten eine Performance, bei der sie auf dem Asphalt saßen und eine Wiederholung der Wahlen in der serbischen Hauptstadt forderten. Proteste werden auch für die Abendstunden der folgenden Tage angekündigt und anhand der Botschaften, die von den Demonstranten zu hören sind, haben die Proteste eine klare prowestliche Note.

Menschenrechtsorganisationen haben der Polizei übermäßige Gewaltanwendung vorgeworfen, obwohl die Polizei sich defensiv verhielt, bis die Proteste am Eingang des Rathausgebäudes, was auch die breite Öffentlichkeit sehen konnte, einen destruktiven Charakter annahmen. Der Oppositionsabgeordnete im serbischen Parlament, Srđan Milivojević, sagte, er werde keinen Bürger der "Gnade und Ungnade der Polizei von Vučić" überlassen.

Die serbische Premierministerin Ana Brnabić erklärte gegenüber den Medien unmissverständlich, dass die Proteste eindeutig vom Westen unterstützt würden. Sie fügte hinzu, dass es "in Serbien keinen Maidan geben wird" und spielte damit auf die damaligen Ausschreitungen in Kiew an. Gleichzeitig dankte sie Russland für diesbezüglich erhaltene Geheimdienstinformationen, die die Entwicklung der Ereignisse andeuteten. Dies verärgerte vor allem einige russophobe Oppositionsführer, darunter den oppositionsnahen Universitätsprofessor Čedomir Čupić:

"Es ist inakzeptabel, dass sich Staatspräsident Alexander Vučić in einer so ernsten Lage zuerst mit dem russischen Botschafter Alexander Botsan-Kharchenko trifft und mit ihm Geheimdienstinformationen austauscht", protestiert Čupić.

In einer Erklärung gegenüber den russischen Medien brachte der russische Botschafter in Belgrad nämlich seine Erkenntnisse zum Ausdruck, wonach die Proteste der Opposition "vom Ausland aus gefördert und unterstützt werden". Der Botschafter vermied es, über die Einzelheiten seines Treffens mit Präsident Vučić zu sprechen, da es sich um vertrauliche Informationen handelte, die ihm offenbar vom serbischen Präsidenten mitgeteilt wurden. Klar ist jedoch, dass einige westliche Länder als Auslöser der Unruhen genannt wurden.

Trotz allem gilt die Sicherheitslage in Serbien nach Angaben des Büros für die Koordinierung der Arbeit der serbischen Sicherheitsdienste als stabil.

"Der Staat wird keinen gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung zulassen, sondern durch Institutionen für Ordnung, Frieden und die Lösung sämtlicher Probleme sorgen", sagte der Leiter des Büros und derzeitige Außenminister Ivica Dačić.

Er sagte allen zuständigen Behörden seine volle Unterstützung bei ihren Anstrengungen zu, all diejenigen zu bestrafen, die Gewalt anwenden, in der Erwartung, dass Polizei und Staatsanwaltschaft im Einklang mit dem Gesetz handeln werden.

Zur Ankündigung neuer Proteste der Opposition, die das Wahlergebnis der Stadt Belgrad nicht anerkennt, bekräftigte Dačić, dass der Staat keine Gewalt zulassen werde. Der Vorsitzende der Fraktion "Wir, die Stimme des Volkes", Branimir Nestorović, der bei den vergangenen Wahlen hinsichtlich der Wahlergebnisse eine große Überraschung darstellte und sich jetzt weigert, sich irgendeiner Seite anzuschließen, geht hingegen davon aus, dass die Proteste der Opposition anhalten werden:

"Ich glaube nicht, dass sie aufgeben werden und befürchte, dass der richtige 'Maidan' noch kommen wird. Ich habe gesagt, dass es nur darum geht, 'den Puls zu spüren', wie die Polizei und der Staat reagieren werden, ich glaube nicht, dass die Opposition aufgeben wird, denn das wäre für sie politischer Selbstmord."

In jedem Fall stehen Serbien vor dem Jahreswechsel turbulente und unsichere Tage bevor. Obwohl die Proteste nicht so groß sind, dass sie das Funktionieren der lebenswichtigen städtischen Dienstleistungen ernsthaft gefährden könnten, liegt eine gewisse Spannung in der Luft. Zehntausende Touristen werden in den Neujahrsferien erwartet, und die Bilder, die in die Welt hinausgehen, verzerren in gewisser Weise das Bild von Belgrad als einer weltoffenen und friedlichen Stadt.

* * *

Wie geht es weiter nach der Befreiung von Marjinka?

<https://freedert.online/international/191069-wie-geht-es-weiter-nach-marjinka/>

27.12.2023

Die Befreiung von Marjinka ist nicht nur ein wichtiges Ereignis für die Einwohner von Donezk, weil damit eine weitere wichtige Feuerstellung wegfällt, aus der sie jahrelang beschossen wurden. Sie ermöglicht auch weitere Optionen, und die neuen ukrainischen Stellungen werden weit schlechter befestigt sein.

Von Jewgeni Krutikow

Russische Truppen haben die Stadt Marjinka südwestlich von Donezk vollständig unter ihre Kontrolle gebracht, wie Verteidigungsminister Sergei Schoigu am Montag dem russischen Präsidenten Wladimir Putin berichtete. Schoigu sagte, die Einnahme der Stadt würde die Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte verringern und es dem russischen Militär ermöglichen, Donezk effektiver zu verteidigen. "Was nicht unbedeutend ist: Wir haben die Stellungen der [ukrainischen] Artillerie von Donezk weg weiter nach Westen verschoben", stellte Schoigu fest.

Vom Zentrum in Donezk sind es bis Marjinka etwa 20 km. Die Stadt, in der vor 2014 noch etwa 10.000 Menschen lebten, blieb nach Gründung der Volksrepublik Donezk unter ukrainischer

Kontrolle, und mehrere Versuche der DVR-Volksmiliz, sie zwischen 2015 und 2016 zu befreien, scheiterten damals. Die ukrainischen Streitkräfte befestigten die Stadt in den neun Jahren seitdem auf jede erdenkliche Weise und bauten sie zu einer Festung aus, in der buchstäblich jeder Keller in eine Kampfstellung verwandelt wurde. So konnte erst nach der Besetzung der letzten beiden Häuser in der Iwan-Franko-Straße im Nordwesten der Siedlung die vollständige Befreiung Marjinkas gemeldet werden.

Die Vorbereitungen für dieses Ereignis waren gründlich. Die 150. Schützendivision trägt als Erinnerung ihrer einstigen Beteiligung an wichtigen Schlachten im Zweiten Weltkrieg die Ortsnamen Idriza und Berlin in ihrem Divisionsnamen. Ihre Angriffstrupps erhielten nun kurz vor der letzten Schlacht um Marjinka Kopien jener Siegesfahne, die von zwei Soldaten dieser Division im Mai 1945 über dem Reichstag in Berlin gehisst worden war. Es gab jetzt zwei Kopien dieser Fahne pro Zug, denn niemand wusste ja genau, welches Gebäude als letztes eingenommen würde und welche Einheit schließlich die Siegesfahne darauf hissen könnte. Und nun ist Marjinka offiziell befreit, sowohl als Gebiet als auch als Symbol.

Die ukrainischen Streitkräfte haben sich nach Westen in Richtung Georgijewka zurückgezogen und beginnen, dort Verteidigungsstellungen zu verstärken. Dann gibt es noch Kurachowo, ebenfalls eine befestigte Stadt, jedoch nicht so stark wie Marjinka. Kurachowo war immer ein rückwärtiger Stützpunkt und ein Hauptquartier für die ukrainischen Streitkräfte, und jetzt versucht man, in aller Eile das Ganze in eine Schlachtposition an vorderster Front umzuwandeln.

Die Ukrainer erwarteten den sofortigen Vormarsch der russischen Truppen in diese Richtung. Doch die russischen Streitkräfte haben den Plan geändert und üben nun Druck auf ukrainische Linien südlich von Marjinka aus, wo sich die ukrainische Befestigung im Dorf Pobeda befindet.

Gleichzeitig wird in dem Industriegebiet von Nowomichailowka gekämpft, einer Siedlung südlich von Ugledar. Dort gibt es eine Kette von kleinen Siedlungen, die an einigen Stellen ineinander übergehen. Diese Kette bis Konstantinowka umfasst sowohl Ugledar als auch die gesamte Flanke der ukrainischen Gruppierung, die zuvor an dem Versuch einer "Gegenoffensive" teilgenommen hatte. Und dies ist bereits ein völlig anderer Teil der Kontaktlinie.

Mit anderen Worten: Die Befreiung von Marjinka ist keine Episode rein lokaler Bedeutung. Abgesehen von der Tatsache, dass die Stadt einfach große Angriffskräfte gebunden hat, die anderswo fehlten, ist es eine Art Schlüssel für gleich zwei weitere ukrainische Gruppierungen, deren Verantwortungsbereiche hier aneinanderstoßen.

Um Nowomichailowka wird es zunehmend heiß hergehen. Die Intensität des Artilleriebeschusses entspricht in etwa der in Awdejewka. Gleichzeitig ist der Nachschub an Verstärkung und Material an die ukrainischen Streitkräfte dort bereits stark eingeschränkt. Wenn es den russischen Einheiten gelingt, Pobeda einzunehmen, wird Nowomichailowka nur noch halbwegs erreichbar sein. Die russischen Streitkräfte greifen Bogdanowka jetzt von drei Seiten an, wobei die Hauptkämpfe in der kleinen, in den letzten Jahren ebenfalls stark befestigten Industriezone stattfinden. Aber in Nowomichailowka ist rein räumlich der Umfang deutlich geringer als in Awdejewka oder Marjinka.

Gleichzeitig entwickeln sich die Ereignisse im Westen von Artjomowsk sehr dynamisch. In den letzten zwei Wochen ist es den russischen Streitkräften gelungen, eine Reihe von Festungen, Waldgebieten und einzelnen Stellungen zu besetzen. Infolgedessen ist die Front bis nach Bogdanowka vorgerückt.

Derzeit ist die Lage um dieses Dorf durch den "Rauch des Kampfes" verdeckt, aber es gibt Hinweise darauf, dass es Fallschirmjägern und Marineinfanteristen gelungen ist, in Bogdanowka

vorzudringen. Möglicherweise ist bereits etwa ein Drittel der Siedlung unter russischer Kontrolle, aber insgesamt befindet sie sich immer noch in der Grauzone.

Von Bogdanowka führt ein direkter Weg nach Tschassow Jar, auch wenn dies auf der Karte nicht ersichtlich ist. Der Punkt ist, dass der direkte Weg von Chromowo nach Tschassow Jar ein unwegsames Gelände mit Hügeln und Rinnen ist. In einer solchen Situation sieht der Weg durch das flache und langgestreckte Dorf vielversprechender und, wenn ich so sagen darf, geruhsamer aus. Im weiteren Verlauf beginnen die ersten Linien der ukrainischen Stellungen in der Nähe des Sewerski-Donetz-Donbass-Kanals.

Die Lage der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet der Ruinen von Kleschtschijewka sieht ebenfalls hoffnungslos aus. Bis auf eine Ausnahme befinden sich praktisch alle wichtigen Anhöhen um das Dorf unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte. Es hat keinen Sinn, die Ruinen selbst zu besetzen, die in den Niederungen liegen. Die Ukrainer beginnen, sich allmählich nach Westen zurückzuziehen, und weiter entfernt gibt es keine befestigten Stellungen oder größere Siedlungen. Das heißt, es bleibt eine dünne Linie, jenseits derer ein Operationsgebiet von mehreren Dutzend Kilometern liegt.

Der Feind klammert sich an jede Position. Erst gestern versuchte die ukrainische Armee einen Gegenangriff auf Chromowo, jedoch ohne Erfolg. Die Ukrainer versuchen, die Lage an einem bestimmten Abschnitt der Kontaktlinie durch Manipulation der Reserven zu stabilisieren. Infolgedessen und aufgrund der veränderten Wetterbedingungen haben sich die Kämpfe in Richtung Kupjansk beruhigt. In Kiew geht man nach wie vor davon aus, dass dies die Hauptrichtung eines möglichen Angriffs der russischen Streitkräfte ist, und verlegt alle möglichen Verstärkungen dorthin. In Awdejewka gibt es keine neuen Erkenntnisse, aber die Beschaffenheit der Befestigungen erlaubt es den dortigen ukrainischen Kräften, einige Positionen vorläufig zu halten. Die Einheiten werden aus Richtung Saporoschje, d.h. aus dem Gebiet der früheren "Gegenoffensive", abgezogen.

Die Befreiung von Marjinka ist also nicht nur ein besonderes symbolisches Ereignis für die Einwohner von Donezk. Die Beseitigung einer so wichtigen Verteidigungslinie der Ukrainer verändert einmal mehr die Konfiguration der Kontaktlinie. Neue geografische Namen tauchen in den Nachrichten auf, und die Front entfernt sich immer weiter von der alten Kontaktlinie.

Das Wichtigste aber ist: Es entstehen neue kämpferische und operativ-taktische Möglichkeiten.

Wir sollten uns nicht wundern, wenn nach solch erfolgreichen Operationen der Vormarsch der russischen Streitkräfte aufgrund einer Reihe objektiver Umstände organisch zum Stillstand kommt. Wir sollten keine Lawinendurchbrüche, keine Vorstöße über Dutzende von Kilometern erwarten. Das ist möglich, aber nicht jetzt, wo die bisherige Verteidigungslinie des Feindes noch steht. In den Hauptabschnitten der Kontaktlinie ist dieses Verteidigungssystem der ukrainischen Streitkräfte unverändert geblieben. Operationen wie die Befreiung von Marjinka und die mögliche Befreiung von Awdejewka zerstören dieses System und schaffen Lücken, die die ukrainischen Streitkräfte niemals werden flicken können.

Die Strategie Kiews besteht darin, eine neue Befestigungslinie zu schaffen, wiederum auf der Grundlage von relativ großen Bevölkerungszentren. Darauf wird man sich im Winter konzentrieren.

Übersetzung aus dem Russischen

* * *

Regierungswechsel als Firmenübernahme: Das Staatsmedien-Theater in Polen

<https://freedert.online/europa/191077-regierungswechsel-als-firmenuebernahme-staatsmedien-theater/>

28.12.2023

Autoritär anmutender Machtaustausch innerhalb der Staatsmedien in Donald Tusks Polen wird indes in einigen US-Medien kritisiert. Wichtige Einsicht: Laut dem scheinlinken Neoliberalismus ist nicht Autoritarismus per se falsch – nur, wenn ihn die "anderen" praktizieren.

Von Elem Chintsky

Die Regierungsübernahme von Donald Tusk in der polnischen Republik ist gezeichnet von täglichen Erschütterungen der verschiedenen Staatskanäle, die normalerweise gemäßigt bespielt werden sollen, wenn ein Regierungswechsel in einem EU-Mitgliedsland erfolgt. Zum Beispiel die verfassungstreue Neubesetzung all der Medienressorts, die später große Teile der vierten Gewalt – und somit des Diskurses in Polen – bestimmen soll. Die Rede ist hier – und der Kampf tobt um – die regelmäßige und eindruckliche Erreichbarkeit von 40 Prozent des polnischen Volkes mit empfangsbereiten Rundfunkgeräten. Die neoliberale Koalition Tusks aus Linken, Grünen, anpassungsfähigen Zentristen und Liberalkonservativen aber möchte die vermeintlich Diversität fördernde Deutungshoheit in den Staatsmedien so schnell wie möglich an sich reißen. Gern auch über autoritären Druck.

Die Prozesse der letzten zehn Tage, in denen eine regelrecht gehetzte Firmenübernahme des Staatsfernsehens stattfindet, wurden mittlerweile sogar von größeren privaten US-Medien bemerkt und kommentiert. So hatte die sich im Besitz von Rupert Murdoch befindende *New York Post* darauf hingewiesen, dass diese autoritären Tendenzen, denen sich die polnische Zivilgesellschaft indessen ausgesetzt sieht, auf eine wichtige Tatsache zurückzuführen sind: Geradezu die Hälfte der 20 größten polnischen Unternehmen in Polen sind in Staatshand. Über die Hälfte der Angestellten in diesen Unternehmen werden vom Staat gestellt. Somit hat der polnische Staat einen signifikanten und direkten Anspruch und Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt. Daraus folgt, dass wenn ein Regierungswechsel zwischen zwei sich allzu feindlich gegenüberstehenden politischen Organisationen stattfindet, die hysterisch eingeleiteten Säuberungsaktionen der neuen politischen Elite Aufmerksamkeit erregen können – da es um eine üppige Ansammlung von Kapital, Vermögen und Eigentum geht, das nicht aus der Staatshand entgleiten soll.

Umso mehr gilt das für ohnehin staatliche beziehungsweise öffentliche Medieneinrichtungen. Tusks neues Führungskollektiv möchte dort alle ideologischen "Artefakte" der PiS – in Form nicht auf Linie stehender Angestellter – so rasch wie möglich ausmerzen. Ähnliches tat natürlich auch die PiS ab dem Jahr 2005 und noch einmal ab dem Jahr 2015 – beide Male eine neue Regierungsperiode beginnend – was zu seiner Zeit auf enorme Kritik, Sanktionen und Empörung aus Brüssel und Berlin traf. Heute sind diese kritischen Stimmen aus dem neoliberalen Staatsfunk und der NATO-Presselandschaft in Deutschland, oder deren Kollegen in der US-Domäne – also der *New York Times* oder der *Washington Post*, zum Beispiel – nicht mehr zu hören. *Die Zeit*, der *Tagesspiegel* und die *Süddeutsche Zeitung* haben einzig und allein Lob für Donald Tusk übrig, den sie als Hoffnung der EU ausrufen.

Nachdem am 20. Dezember 2023 der staatliche TV-Nachrichtensender *TVP INFO* von der neuen Regierung schlicht ausgeschaltet wurde, sprach stattdessen die aus Warschau berichtende *Associated Press (AP)* davon, wie "die Tusk-Regierung die Medienfreiheit wiederherstellt". Die *AP*

zitierte auch den PiS-Chef Kaczyński, der im Gegenzug lamentierte, dass es "keine Demokratie ohne Pluralismus und starke, regierungsfeindliche Medien" gebe. Müsste dieses Prinzip also auch für "regierungsfeindliche Medien" gelten, die während der PiS-Regierungen sanktioniert und behindert wurden? So war es mit dem polnischen TV-Sender *TVN*, der seit seinem Sendebeginn 1997 in den Händen privater US-genehmer Mediengiganten war und mit neoliberal-progressiver Agenda Programm machte. Bevor der Sender 2022 unter die volle Kontrolle von Warner Bros. Discovery geriet, war dieser schon seit mindestens 2015 unter Kontrolle von US-Kapital. Der Co-Gründer von *TVN*, Jan Wejchert, war in der polnischen Umbruchszeit um das Jahr 1991 ein ideologischer Zögling des russophoben, einflussreichen Neoliberalen und ehemaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzeziński.

So gab es auch beim privaten *TVN* (genauer: deren Nachrichtensender *TVN24*) – den ein großer Teil polnischer Medienkonsumenten tatsächlich als unvoreingenommen und neutral bezeichnen würde – keine Kritik gegenüber der autoritären Handhabe Tusks bei der hastigen Säuberung des polnischen Staatsrundfunks. Das Framing und die Rhetorik erinnerten eher an die Auslegungsart der *AP*. So zitierte *TVN24* die polnische "Gesellschaft der Journalisten" bei der Einschätzung der Situation im besetzten Hauptquartier des polnischen Staatsfernsehens (*TVP*) folgendermaßen:

"Die Tatsache, dass TVP an Feiertagen sendet, ist normal, aber die Tatsache, dass Politiker in dieser Zeit den Sitz des Senders besetzen, ein abgewirtschafteter Aufsichtsrat einen neuen Präsidenten ernennt und der Nationale Medienrat seine Sitzung einberuft, ist sicherlich nicht normal. Es handelt sich um einen Putsch einer unterlegenen Macht zur Verteidigung ihres Propaganda-Apparats."

Es geht richtigerweise darum, "wer" den Propaganda-Apparat beherrscht – nicht darum, ob es sich um einen Propaganda-Apparat handelt.

Man kann aber auch nicht behaupten, dass die anklagende Argumentation der polnischen "Gesellschaft der Journalisten" vollkommen unbegründet ist. Sie erläutern weiter:

"Die öffentlich-rechtlichen Medien werden entweder unsere sein oder niemandem gehören – sagen, und handeln danach, die Politiker von Recht und Gerechtigkeit [PiS]. Indem der Präsident die Regierung erpresst hat, indem er die Erhöhung der Lehrergehälter und den Haushalt nicht absegnete, hat er die Besetzung der öffentlichen Medien durch die PiS unterstützt. Diese Besetzung und die Rebellion eines Teils der TVP-Leitung gegen die neuen Machthaber ihres Unternehmens haben dazu geführt, dass das Signal von TVP INFO abgeschaltet wurde und die tägliche Nachrichtensendung '19:30' in einem provisorischen Studio bearbeitet und von außerhalb des TVP gesendet wird."

Es ist eine Pattsituation, in der beide Seiten gleich viel Verantwortung tragen. In einem Satz: Es geht immer um die Errichtung eines "selektiven Pluralismus" – also einer erlogenen, falschen und unaufrichtigen Vielfalt. Decken tut man sich mit der Behauptung, einen wahrhaftigen Pluralismus und authentische Objektivität zu gewährleisten. Dieses Spiel ist auch die gegenwärtige Devise des gesamten europäischen Zeitgeistes unter der Pax Americana und ihrem verstümmelten Juniorpartner, der EU und ihrer Kommission.

Hier entschleiert sich ein Modus Operandi, der, wenn einmal verinnerlicht, den ganzen politischen Diskurs in Polen wuchtig als zynische Methodik bloßstellt – nicht lediglich vorsichtig entkleidet. Im vorher genannten Kommuniqué der *AP* heißt es weiter: "Die Regierung Tusk hat es sich zur Priorität gemacht, die Objektivität und Meinungsfreiheit in den staatlichen Medien wiederherzustellen, die unter der vorherigen PiS-geführten Regierung aggressive Propagandamittel eingesetzt haben, um Tusk und die Opposition anzugreifen und euroskeptische Ansichten zu

verbreiten."

Bei aller Skepsis gegenüber der Unvoreingenommenheit der empörten PiS-Akteure, nimmt sich die AP heraus, zu behaupten, dass eine ideologisch konkret definierte und eingefärbte Tusk-Regierung die Instanz sein müsse, die unilateral für "Objektivität" sorgen könne. Selbst die polnische Gesellschaft der Journalisten sprach von "neuen Machthabern", die man zu akzeptieren habe. Manch einer könnte meinen, dass so viel Großzügigkeit seitens der AP gegenüber Tusk einen eigenen Mangel an Objektivität entblößt.

Es gab aber am 19. Dezember eine parlamentarische Abstimmung zu der Tusker "Resolution zur Wiederherstellung der Rechtsordnung sowie der Unparteilichkeit und Integrität der öffentlichen Medien und der Polnischen Presseagentur" – 244 stimmten dafür, 84 dagegen, während sich 16 enthielten. Während der PiS-nahe Staatspräsident Andrzej Duda das Gesetzespapier kritisierte.

Das konservativ-libertäre US-Blatt *The American Spectator* ging in seiner Kritik an der neuen polnischen Regierung sogar noch weiter und verglich die heutigen Resort-Säuberungen von oben nach unten mit dem Kriegsrecht in der Volksrepublik Polen ab 1981. So hieß es im Artikel wortwörtlich:

"Die Polizei stürmte das Gebäude, in dem Journalisten und Politiker der Partei Recht und Gerechtigkeit [PiS] gegen die am Vortag erfolgten Massenentlassungen bei TVP, *Polskie Radio* und der Polnischen Presseagentur protestierten." Dieser Protest läuft sogar noch.

Das Fazit des US-Mediums war wenig optimistisch:

"Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis wir genau wissen, was sich in der chaotischen TVP-Zentrale abgespielt hat, aber mit dem, was man als 'Rechtsstaatlichkeit' bezeichnen könnte, hatte es sicher nichts zu tun. Es ist das jüngste Signal dafür, dass die liberalen Akteure, die die neue Regierung leiten – obwohl sie weit davon entfernt sind, ein Wahlmandat zu haben – bei der Umgestaltung des Landes keine Geduld aufbringen werden."

Berlin und Warschau im Vergleich

Die halbwegs gute Nachricht ist, dass die polnische Politik-Landschaft noch nicht auf einem so flachen Level gleichgeschaltet ist wie in der Bundesrepublik Deutschland. Ja, die Ampelregierung unterscheidet sich kosmetisch von den Großen Koalitionen unter Angela Merkel, aber letztendlich ist es immer noch derselbe "politische Pfeil", der einst im Jahr 2005 (manche würden sagen, im Jahr 1998, oder sogar 1990) abgeschossen wurde – und heute sogar rascher flitzt als einst. Es bedarf aber heutzutage nicht viel, "weniger gleichgeschaltet zu sein" als die BRD. Zu Ende gedacht ist es dann doch nur ein schwacher Trost. Um in Deutschland einen Aufsehen erregenden Elitenkampf polnischer Größenordnung zu erleben, müsste die AfD zu einer voll operativen Volkspartei heranwachsen. Das dauert aber noch ein paar Jahre.

Und selbst wenn — dringt man nämlich in die politische Realität Polens tief genug ein, stößt man unter dem harten "Erz der Spaltung" auch dort auf eine fluide Schicht der Gleichschaltung – nämlich in Sachen NATO und EU. Darauf ist nach wie vor Verlass. Und die sogenannte "Euroskepsis" der PiS, unter der Brüssel und Berlin in den letzten Jahren so gelitten haben, stellte ein eigenes kleines Theater dar.

Außerdem geht es der Tusk-Regierung nicht darum, die Staatsmedien, welche PiS im Jahr 2016 noch verbindlicher an den Staat koppelte, wieder "freier" und "objektiver" zu machen, erneut vom Staat zu "entbinden" und auf dem immergrünen "Markt der Ideen" freizügig schlendern zu lassen.

Es geht vielmehr darum, auf der fleißigen Arbeit der PiS weiter aufzubauen und auf deren autoritären Mühen zur institutionellen Konsolidierung neue, eigene diskursive Erfolge zu feiern. Indem man nämlich – wie aus der derzeitigen Gehässigkeit ersichtlich – die in den letzten acht PiS-Jahren enger geschnürten und ausgeweiteten Systemstrukturen etwas zu eilig unter die eigene ideologische Kontrolle zu bringen versucht. Dieses Tandem ist entscheidend – wie beim vorher erwähnten BIP generell, so auch konkret bei den Staatsmedien.

Deshalb sollten sich die jetzige PiS-Opposition von Kaczyński und die neue Tusker Regierungskoalition auch zu "Pest und Cholera" umbenennen – das würde gegenüber der Perspektive eines polnischen Bürgers um Längen aufrichtiger und transparenter erscheinen.

Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen Kanal auf Telegram, auf dem man noch mehr von ihm lesen kann.

* * *

Meinung

Erkenntnis 2023: Die Welt braucht Europa nicht

<https://freedert.online/meinung/190644-welt-braucht-europa-nicht/>

22.12.2023

Europa steht immer weniger im Mittelpunkt der Zivilisation, und Europäern fällt es schwer, ihre neue Bedeutungslosigkeit zu akzeptieren. Die Probleme werden jedoch weder dadurch weniger, dass man sie leugnet, noch indem alles mit "russischen Machenschaften" erklärt wird. Eine Meinung von Anna Schafran.

Von Anna Schafran

Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, versucht weiterhin, die Europäer davon zu überzeugen, dass sie die Ukraine auf jeden Fall weiter unterstützen müssen. Er hat jetzt gesagt, dass das europäische Projekt "unwiderruflich beschädigt" werden könnte, wenn Russland im Konflikt in der Ukraine siegt.

Da allen vernünftigen Menschen klar ist, dass der Sieg Russlands nur eine Frage der Zeit ist, sagt er damit nur, dass auch das "Verderben" der Europäischen Union nur eine Frage der Zeit ist. Und es stellt sich unweigerlich die Frage: Lassen europäische Beamte das Projekt absichtlich auflaufen oder haben sie beschlossen, zu extremen Maßnahmen zu greifen wie der Oberste Gerichtshof von Colorado, der Donald Trump die Teilnahme an den Vorwahlen wegen "Rebellion" untersagte?

Die EU befindet sich seit langem in der tiefsten Krise, lange schon vor 2022, und dies ist nicht die Schuld Russlands. Selbst der Brexit von 2016 war bei weitem nicht die erste Manifestation der europäischen Krankheit. Und natürlich ist es Ironie der Geschichte, dass sich die Ukraine gerade dann in die EU aufmacht, wenn sich diese Organisation in einer Phase des Zerfalls befindet.

Wie kann der Sieg Russlands der EU so sehr schaden? Erstens, indem er die Enttäuschung der Bürger über die ohnehin nicht sehr beliebten europäischen Beamten noch verstärkt. Vielen ist schon jetzt klar, dass das Geld, das für die Unterstützung der Ukraine ausgegeben wird, weggeworfenes Geld ist. Wenn das derzeitige Regime in Kiew erst einmal gestürzt ist, wird der Verlust unwiederbringlich sein.

Zweitens werden die zentrifugalen Tendenzen zunehmen. Je weiter Ungarn voranschreitet, desto weniger versteht es, was es in der EU tut. Polen ist mehr daran interessiert, eine amerikanische Kolonie zu sein als ein einfaches EU-Mitglied. Schweden hat zwei Jahrhunderte Neutralität verschmäht und tritt der NATO bei (obwohl sich der Beitritt verzögert, aber ich nehme an, dass es früher oder später dazu kommen wird). Aber es hat wenig Interesse an einer EU-Mitgliedschaft, und in diesem Land wird regelmäßig über einen möglichen Austritt gesprochen.

Im Grunde genommen wird die EU sicherlich nur von den EU-Beamten selbst und den baltischen Staaten, die von den europäischen Haushalten schmarotzen, gebraucht. Letztere ziehen allerdings direkte Abkommen mit den USA und Deutschland vor.

Die Gewohnheit, Russland für alle Probleme des Westens verantwortlich zu machen, hat sich als sehr bequem erwiesen. Daher werden europäische Beamte auch weiterhin die unvermeidlichen Probleme der Europäischen Union und einzelner europäischer Länder mit "den Machenschaften des

Kremls" erklären. Probleme wird es in jedem Fall geben: Die Weigerung, mit Russland zusammenzuarbeiten, und die Verstärkung der wirtschaftlichen Trennung werden unweigerlich zu einer Zunahme negativer Erscheinungen in der Wirtschaft führen.

Außerdem ist es Europa gelungen, sich nicht nur mit Russland, sondern auch mit der arabischen Welt – wegen seiner uneingeschränkten Unterstützung Israels – und auch mit China – im Gefolge der Amerikaner – zu zerstreiten. Natürlich werden sowohl Araber als auch Chinesen die wirtschaftlichen Beziehungen zur EU nicht zu ihrem eigenen Nachteil abbrechen. Aber die Europäer werden von Jahr zu Jahr weniger Geld haben, um arabische Energie und chinesische Waren zu kaufen.

Vor allem, wenn die militaristische Hysterie nicht nachlässt und die EU aktiv Geld für Rüstung ausgibt, um der "unvermeidlichen russischen Aggression" zu begegnen.

Europa ist zu sehr daran gewöhnt, sich, wie Borrell einmal sagte, als "blühender Garten" inmitten eines schrecklichen Dschungels zu sehen. Aber der "Dschungel" ist längst autark geworden, er braucht weder die Zustimmung der Europäer zu seinem Handeln noch ihre Unterstützung. Die Welt kann gut ohne Europa existieren und sich entwickeln.

Es ist für die Europäer sehr schwierig, diese Tatsache zu verstehen und zu akzeptieren, nachdem sie sich jahrhundertlang als "Vorhut der menschlichen Zivilisation" gefühlt haben. Aber die Alternative ist einfach: Entweder akzeptiert die EU ihre veränderte Rolle (so wie Großbritannien oder Österreich den Verlust des imperialen Status akzeptiert haben), oder der zivilisatorische Zusammenbruch Europas wird mit dem Untergang des Römischen Reiches vergleichbar sein, und eine neue Zivilisation wird auf den Ruinen der derzeitigen europäischen Zivilisation entstehen. Am wahrscheinlichsten ist die islamische, aber auch andere Varianten sind möglich.

Übersetzt aus dem Russischen.

* * *

Aus Angst, muslimische Schüler zu verärgern: Frankreichs Lehrer können ihre Arbeit nicht machen

<https://freedert.online/meinung/190483-aus-angst-muslimische-schueler-zu/>

23.12.2023

Im Zeitalter der sogenannten "Cancel Culture" – die dermaßen verbreitet ist und in der das Schlimmste, was einem vorgeworfen werden kann, darin besteht, jemanden beleidigt zu haben – hat Nacktheit auf einem klassischen Gemälde an einer Schule in einer Pariser Vorstadt eine Debatte über Islamophobie ausgelöst.

Von Rachel Marsden

Einer Lehrerin in einem Vorort von Paris wird Islamophobie vorgeworfen, weil sie ihrer Klasse, im Rahmen einer Übung in Bildanalyse, das klassische Gemälde "Diana und Actaeon" von Giuseppe Cesari gezeigt hat – und das alles nur, weil die abgebildeten "fünf Musen der Antike" zufällig nackt sind. Es ist ein klassisches Gemälde, kein Porno.

Obwohl der Künstler, der seit fast vier Jahrhunderten tot ist, wahrscheinlich nicht die Absicht hatte, mit seiner Darstellung der Nymphen irgendjemanden zu beleidigen, als er das Werk im 17. Jahrhundert erschuf, dient es heute offenbar als praktisches Sprungbrett dafür, jene Art der unentgeltlichen Opferrolle einzunehmen, die im heutigen Zeitalter der Zensurkultur dermaßen

verbreitet ist und in der das Schlimmste, was einem vorgeworfen werden kann, darin besteht, jemanden beleidigt zu haben.

Am Ende des Schultages hatten sich die Eltern der wenigen Kinder der Jacques-Cartier-Mittelschule in der Pariser Vorstadt Issou, die sich nach Angaben der Schulbehörden und Berichten zufolge vom Gemälde abgewandt hatten, als es im Unterricht präsentiert wurde, bereits bei der Schule eingefunden. Sie verlangten eine Erklärung für das, was sie später in der französischen Presse als islamfeindlich angeprangert haben. Am darauffolgenden Schultag machten die Lehrkräfte der Schule von ihrem Recht Gebrauch, aus Angst um ihre Sicherheit nicht zur Arbeit zu erscheinen. Der französische Bildungsminister musste persönlich auf dem Campus erscheinen, um ein Fiasko zu verhindern, das überzukochen drohte.

Die Schule im Vorort Issou liegt nur 34 Kilometer von der Mittelschule der Vorstadt Conflans-Sainte-Honorine entfernt, vor der ein Lehrer, Samuel Paty, enthauptet wurde, weil er im Oktober 2020 einer Klasse provokante Karikaturen aus dem Satiremagazin *Charlie Hebdo* über den Propheten Mohammed im Rahmen von Bildungs- und Debattenzwecken gezeigt hatte. Der Vorfall führte dazu, dass ein bekannter radikaler Islamist virale Postings darüber in den sozialen Medien verbreitete, die von einem 18-jährigen, islamistisch motivierten Flüchtling gesehen wurden. Dieser wurde noch am Tatort von der Polizei erschossen, als sie wegen der Ermordung des Lehrers dort anrückte. Anfang Dezember wurden sechs Jugendliche strafrechtlich verurteilt, weil sie mit dem Mörder bei der gezielten Attacke auf Paty kooperiert hatten.

Auch an einer anderen Mittelschule in Mantes-la-Jolie, nur neun Kilometer vom jüngsten Vorfall mit dem Kunstwerk von Cesari entfernt, machten die Lehrer Anfang Dezember kurzzeitig von ihrem Recht Gebrauch, von der Arbeit fernzubleiben, als sie herausfanden, dass ihre Namen in einer Chatgruppe auf WhatsApp von Eltern ihrer Schüler aufgetaucht waren im Anschluss an eine Schulstunde zur Medienkompetenz von Geschichts- und Geographielehrern zum Israel-Palästina-Konflikt. Berichten zufolge waren die Eltern schockiert darüber, dass in den im Unterricht verwendeten Materialien die Hamas als "terroristische Gruppierung" bezeichnet wurde.

Nun, nur weil ein Lehrer die Hamas als Terroristen bezeichnet, heißt das nicht, dass der Lehrer islamfeindlich oder eine Art tollwütiger Zionist ist. Man mag dieser besonderen Charakterisierung persönlich nicht zustimmen – denn der Terrorist des einen ist der Freiheitskämpfer des anderen –, aber das ist die tatsächliche aktuelle Haltung Frankreichs und der Europäischen Union. Wenn die Lehrer ihre Arbeit so objektiv wie möglich machen wollen, haben sie keinen großen Spielraum, um von den Vorgaben des Establishments abzuweichen.

Was sollten sie also tun – eine Debatte anstoßen? Jeder liebt die Idee einer Debatte – solange sich die Lehrer auf die Seite schlagen, die man selber bevorzugt. Da sich so viele Lehrer aus Angst aus dem Lehramt zurückziehen, ist es kein Wunder, dass es nicht genügend Lehrpersonen gibt. Laut der Lehrgewerkschaft fehlte es im vergangenen September an etwa 50 Prozent der Ober- und Mittelschulen in Frankreich an mindestens einem Lehrer.

Ebenso wie die freie Meinungsäußerung sind auch Statuen, Zeichnungen und Gemälde Teil der westlichen Kultur und Zivilisation. Eines der Hauptargumente für die Aufnahme von mehr Einwanderern, so wie es vom westlichen Establishment gefördert wird, ist, dass dies ein Mittel sei, westliche Demokratien kulturell zu bereichern. Die Forderung, dass klassische Kulturwerke vertuscht, abgerissen oder zensiert werden, weil sie für die Kultur der Einwanderer eine Beleidigung darstellen könnten, widerspricht diesem Argument.

Kommt schon, Leute. Wir reden hier über Frankreich. Eines der Nationalsymbole Frankreichs, die Marianne, wurde vielleicht zu der am bekanntesten Oben-ohne-Frau auf dem legendären Gemälde

von Eugène Delacroix, "Die Freiheit führt das Volk", dargestellt, das den Moment des Triumphs des Volkes über die Eliten während der Französischen Revolution darstellt. Jeder, dem die natürlichen weiblichen Formen auf die Nerven gehen, hat wirklich eine falsche Entscheidung getroffen, als er sich dafür entschied, dass Frankreich das richtige Land für ihn sei – vom Oben-ohne-Sonnenbaden, das nicht einmal ein Achselzucken rechtfertigt, bis hin zu Frankreich als Nation, die als Geburtsort des Bikinis gilt, seit Louis Réard mit seinem Design 1946 im legendären Molitor-Schwimmbad in Paris ein weltweites Debüt feierte.

Zugegeben, wir leben in einer Zeit aufgeheizter Konflikte, in der jeder versucht, gegen "die andere Seite" zu punkten, indem er bequemerweise versucht, unbequeme Vorfälle so zu definieren, dass sie ein bestimmtes Etikett rechtfertigen, das dazu dient, den Gegner mundtot zu machen – sei es aus Angst, des "Rassismus", "Sexismus", "Islamophobie" oder "Antisemitismus" beschuldigt zu werden. Dies ist ein großer Nachteil für die Anliegen, für die sie sich einsetzen wollen, indem sie diese dann mit Trivialitäten verwässern. Es gibt ein echtes, legitimes globales Mitgefühl für die Tausenden von Zivilisten in Gaza, die derzeit getötet werden, während die Welt dabei zusieht und darüber streitet. Aber den Konflikt in Gaza als Vorwand zu nutzen, um die Meinungsfreiheit der Menschen zu beeinträchtigen, wird nicht viele Herzen oder Zustimmung für sich gewinnen.

Es gibt Fälle echter Islamophobie, bei der eine sehr klare Definition von Vorurteilen gegenüber Muslimen manifestiert wird. Eine selektive Abneigung gegenüber einigen Aspekten des kulturellen Repertoires eines anderen Landes passt nicht ins Bild, ebenso wie die reflexartigen Anschuldigungen von Antisemitismus nicht als Mittel genutzt werden sollten, um Kritiker der israelischen Außenpolitik zu schikanieren und zur Unterwerfung und zum Schweigen zu zwingen. Das sind zwei Seiten derselben rhetorischen Medaille. Sie dienen dazu, demokratische Debatten effektiv zu unterdrücken – was wünschenswert sein kann, wenn man es zu seinen Gunsten nutzen kann, aber ganz sicher nicht, wenn man selbst Opfer derselben Taktik wird.

Es sollte möglich sein, selbst inmitten eines schrecklichen Konflikts immer noch Zugang zu besitzen zu den schönen Dingen des Lebens, wie Gemälden und Kunst – oder Lehrern, die keine Angst um ihr Leben haben müssen.

Aus dem Englischen.

Rachel Marsden ist eine Kolumnistin, politische Strategin und Moderatorin eines unabhängig produzierten französischsprachigen Programms, das auf Sputnik France ausgestrahlt wird. Ihre Webseite findet man unter rachelmarsden.com.

* * *

Pinochet-Bewunderer Milei führt Argentinien in einen Albtraum

<https://freedert.online/meinung/190689-pinochet-bewunderer-milei-fuehrt-argentinien/>

24.12.2023

Bürgerkriege in Lateinamerika sind immer sehr grausam. Der neue argentinische Präsident Javier Milei bringt sein Land mit der rücksichtslosen Durchsetzung seiner ideologischen Maximen an den Rand eines Albtraums.

Von Oleg Jassinski

Der argentinische Präsident Javier Milei hat dem Land ein Maßnahmenpaket mit der Bezeichnung "wirtschaftliche Deregulierung" vorgelegt, das auf die Zerstörung des Staates abzielt. Fortan wird die Gesellschaft von Finanzströmen, Währungsumtausch und anderen Marktelementen beherrscht,

die die Bürgerrechte in Waren und die Bürger in Konsumenten und Produzenten verwandeln. Der "Anarchokapitalist" Milei, ein treuer Nachfolger Pinochets, hat sich vorgenommen, die öffentliche Bildung und die Ideen der sozialen Solidarität zu beseitigen, um alle Argentinier zu gegeneinander konkurrierenden Ignoranten im Dienste der Interessen seiner Majestät, des Dollars zu machen.

Argentinien bricht die Beziehungen zu Kuba, Venezuela und Nicaragua ab. Die Sozialleistungen werden gestrichen, und die ersten, die offiziell gestrichen werden, sind die Leistungen derer, die protestieren. "Diejenigen, die Straßen blockieren und Autofahrern das Recht verweigern, sich frei zu bewegen, haben ihre sozialen Rechte verwirkt", kündigte Milei an. Im Klartext: Die Protestierenden und ihre Familien werden ihres Rechts auf ein Stück Brot, auf Medizin und Bildung beraubt. Politische Proteste werden mit der Waffe des Hungers bekämpft.

Diese Regierung wird den Hunger für alle Argentinier Wirklichkeit werden lassen, auch für die große Mehrheit derer, die sie an die Macht gebracht haben.

Bereits zehn Tage nach dem Amtsantritt von Milei fanden in Buenos Aires die ersten regierungskritischen Proteste statt. Als Folge der ersten "Schocktherapie"-Reformen befinden sich die Wirtschaft und der Lebensstandard der Argentinier im freien Fall. In den kommenden Monaten könnte Argentinien zum Schauplatz der heftigsten sozialen Kämpfe in Amerika werden, wobei die Gefahr eines Bürgerkrieges groß ist.

Bürgerkriege in Lateinamerika sind immer sehr grausam. In den 1980er-Jahren tobte ein Bürgerkrieg in El Salvador. Die Guerillas der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí kämpften gegen eines der blutigsten und offen auf Bananen basierenden Regime Lateinamerikas. Der landesweite salvadorianische Aufstand, der kurz vor dem Sieg stand, wurde durch die Machtübernahme der Reagan-Regierung in den Vereinigten Staaten gestoppt, die der salvadorianischen Regierung eine praktisch unbegrenzte militärische und wirtschaftliche Soforthilfe gewährte.

Mitte Dezember 1981 drang das Elitebataillon Atlacatl der salvadorianischen Armee, das von der CIA in der "School of the Americas" in der Panamakanalzone speziell für die Aufstandsbekämpfung ausgebildet worden war, auf der Suche nach Guerillas und deren Sympathisanten in das Dorf El Mozote ein. In den folgenden zwei Tagen verhörte, folterte und erschoss das Militär Männer und Jugendliche. Bis zum Mittag des letzten Tages wurden alle jungen Frauen und Mädchen über zehn Jahren weggebracht und nach einer Massenvergewaltigung ebenfalls erschossen.

Danach wurde der Rest der Frauen am Rande des Dorfes erschossen. Die kleinen Kinder, die zuvor in der Kirche eingesperrt waren, wurden zum Schluss massakriert. Einigen Kindern und Säuglingen wurden die Kehlen durchgeschnitten, andere wurden erhängt. Die Kleinsten wurden hochgeschleudert und mit Bajonetten "aufgefangen". Danach wurden alle Häuser des Dorfes niedergebrannt. Wie durch ein Wunder überlebten einige der Einwohner. Die genaue Zahl der Todesopfer werden wir nie erfahren, man geht von etwa eintausend aus, darunter etwa 300 Kinder und Säuglinge.

Nachdem das Militär mit den Bewohnern von El Mozote fertig war, begab es sich auf dieselbe Mission in die Nachbardörfer Ranchería, Los Toriles, Jocote Amarillo und Cero Pando.

Der erste, der über den Albtraum berichtete, war der Untergrundguerillariosender *Venceremos*. In den Weltnachrichten erschien die Information eineinhalb Monate später, am 27. Januar 1982, in den Publikationen der *New York Times* und der *Washington Post*.

Die salvadorianische Junta hat den Wahrheitsgehalt dieser Ereignisse stets bestritten. Die US-Botschaft und das Außenministerium, die über die operative Situation in dem mit Informanten und Militärberatern buchstäblich überfüllten Land bestens informiert waren, sprachen von "groben Übertreibungen", die "der kommunistischen Propaganda in die Hände spielen".

Heute, nach 42 Jahren, ist trotz der vielen Regierungswechsel in El Salvador noch immer keiner der Täter gefunden oder vor Gericht gestellt worden. Wir können Argentinien nur wünschen, dass es von diesem Albtraum verschont bleibt.

Oleg Jassinski (englische Transliteration: Yasinsky) ist ein aus der Ukraine stammender Journalist, der überwiegend in Chile lebt und für RT Español sowie unabhängige lateinamerikanische Medien wie *Pressenza.com*, *Desinformemonos.org* schreibt. Er forscht über indigene und soziale Bewegungen in Lateinamerika, produziert politische Dokumentarfilme in Kolumbien, Bolivien, Mexiko und Chile. Außerdem ist er bekannt als Übersetzer von Texten der Autoren Eduardo Galeano, Luis Sepúlveda, José Saramago, Subcomandante Marcos und anderen ins Russische. Man kann ihm auch auf seinem Telegram-Kanal folgen.

* * *

Die Gräueltaten in Gaza sind die perfekte Verkörperung "westlicher Werte"

<https://freedert.online/meinung/190641-graueeltaten-in-gaza-sind-perfekte/>

25.12.2023

Nicht die westlichen Werte, die sie einem in der Schule beibringen, sondern die versteckten, von denen sie nicht wollen, dass man sie sieht. Nicht die attraktive Verpackung mit den Werbesprüchen auf dem Etikett, sondern das Produkt, das sich tatsächlich in der Kiste befindet.

Von Caitlin Johnstone

Als der israelische Präsident Isaak Herzog den Angriff auf den Gazastreifen als einen Krieg "zur Rettung der westlichen Zivilisation, zur Rettung der Werte der westlichen Zivilisation" bezeichnete, hat er nicht wirklich gelogen. Er hat die Wahrheit gesagt – nur vielleicht nicht ganz so, wie er sie gemeint hat.

Die Zerstörung des Gazastreifens wird in der Tat zur Verteidigung der westlichen Werte durchgeführt und ist selbst eine perfekte Verkörperung der westlichen Werte. Nicht die westlichen Werte, die sie einem in der Schule beibringen, sondern die versteckten, von denen sie nicht wollen, dass man sie sieht. Nicht die attraktive Verpackung mit den Werbesprüchen auf dem Etikett, sondern das Produkt, das sich tatsächlich in der Kiste befindet.

Die westliche Zivilisation hat sich jahrhundertlang in hohem Maße auf Krieg, Völkermord, Diebstahl, Kolonialismus und Imperialismus gestützt, wobei sie sich auf Narrative stützte, die auf Religion, Rassismus und ethnischer Vorherrschaft beruhten – all dies erleben wir heute bei der Einäscherung von Gaza.

Was wir in Gaza sehen, ist eine viel bessere Darstellung dessen, was die westliche Zivilisation wirklich ausmacht, als all das Geschwätz über Freiheit und Demokratie, das wir in der Schule gelernt haben. Eine wesentlich bessere Darstellung der westlichen Zivilisation als all die Kunst und Literatur, zu der wir uns im Laufe der Jahrhunderte mit Stolz beglückwünscht haben. Eine weitaus bessere Darstellung der westlichen Zivilisation als die Liebe und das Mitgefühl, von denen wir

gerne vorgeben, dass sich unsere jüdisch-christlichen Werte um sie drehen.

Es ist so surreal, den westlichen Rechten dabei zuzusehen, wie sie inmitten der Zombie-Wiederauferstehung der Islamophobie der Bush-Ära im Jahr 2023 darüber schwadronieren, wie wild und barbarisch die muslimische Kultur sei, sogar während die westliche Zivilisation einen Berg von zehntausend Kinderleichen anhäuft.

Dieser Berg von Kinderleichen repräsentiert die westliche Kultur viel besser als alles, was Mozart, da Vinci oder Shakespeare je geschaffen haben.

Das ist die westliche Zivilisation. So sieht sie aus.

Die westliche Zivilisation, in der Julian Assange im Februar seine letzte Berufung gegen die Auslieferung durch die USA erwartet, weil er als Journalist Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt hat.

Wo wir ununterbrochen mit einer Flut von Massenmedienpropaganda gefüttert werden, um unsere Zustimmung zu Kriegen und Aggressionen zu erzeugen, die allein im 21. Jahrhundert Millionen Menschen getötet und vertrieben haben. Wo wir durch fade Unterhaltung und künstliche Kulturkriege abgelenkt werden, damit wir nicht zu sehr darüber nachdenken, was diese Zivilisation ist und wen sie tötet, verstümmelt, aushungert und ausbeutet.

Wo die Nachrichtenzyklen mehr von Promi-Klatsch und Donald Trumps neuesten Mundfürzen beherrscht werden als von den Massengrausamkeiten, die von westlichen Regierungen aktiv unterstützt werden.

Wo Liberale sich selbst dazu beglückwünschen, fortschrittliche Ansichten über Rasse und Geschlecht zu haben, während die von ihnen gewählten Beamten dabei helfen, Kinderkörper mit militärischem Sprengstoff zu zerfetzen.

Wo zionistische Juden sich selbst und ihre Emotionen in den Mittelpunkt stellen, weil die Opposition gegen einen aktiven Völkermord ihnen das Gefühl gibt, verfolgt zu werden, und wo Israel-Unterstützer, die nicht jüdisch sind, sich dennoch irgendwie so fühlen, als würden auch sie verfolgt werden.

Wo ein riesiges, weltumspannendes Imperium, angetrieben von Militarismus, Imperialismus, Kapitalismus und Autoritarismus, mit unstillbarem Appetit Menschenfleisch verschlingt, während wir uns selbst dazu beglückwünschen, wie viel besser wir sind als Nationen wie der Iran oder China.

Das sind die westlichen Werte. Das ist die westliche Zivilisation.

Wenn Sie jemanden bitten, Ihnen zu sagen, was seine Werte sind, wird er Ihnen einen Haufen wohlklingender Worte über Familie, Liebe und Fürsorge oder was auch immer nennen. Beobachten Sie seine Handlungen, um zu sehen, was seine tatsächlichen Werte sind, und Sie werden oft eine ganz andere Geschichte erhalten.

Das sind wir. Das ist die westliche Zivilisation. Wir sagen, dass wir Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit, Frieden und freie Meinungsäußerung schätzen, aber unsere Handlungen zeichnen ein ganz anderes Bild. Die wirklichen westlichen Werte – das eigentliche Produkt in der Kiste unter dem attraktiven Etikett – sind die, die Sie heute in Gaza ausgelebt sehen.

Übersetzt aus dem Englischen.

Caitlin Johnstone ist eine unabhängige Journalistin aus Melbourne, Australien. Ihre Webseite findet sich hier, und man kann ihr auf X unter @caitoz folgen.

* * *

Die Professorin und der Ukraine-Soli

<https://freedert.online/meinung/190806-professorin-und-ukraine-soli/>

26.12.2023

Die Bezeichnung "Solidaritätszuschlag" war schon zynisch, als sie für eine angeblich für das von der DDR annektierte Gebiet gedachte Sondersteuer eingeführt wurde. Jetzt eine derartige Sondersteuer zu erfinden, um einen längst verlorenen Krieg aufrechtzuerhalten, ist eine neue Stufe von Zynismus.

Von Dagmar Henn

Fast möchte man sich über diesen Vorschlag der "Wirtschaftsweisen" Monika Schnitzer mit dem "Ukraine-Solidaritätszuschlag" freuen. Schließlich kann man momentan zuschauen, wie die USA die Ukraine fallen lassen. Der Kommentar des US-Außenministers Antony Blinken, die Ukraine könne jetzt auf eigenen Füßen stehen, war mehr als deutlich. Also könnte man doch ein Ei auf diesen Vorschlag von Frau Schnitzer schlagen, sich zurücklehnen und vielleicht noch diesen bekannte Satz vom Zuspätkommen anhängen.

Es ist ja auch dreist, nach den ganzen Kosten für Strom und Gas, der Inflation und allen weiteren von dieser Truppe, auch als "Ampel" bekannt, zum Ruin Deutschlands auferlegten Kosten und den kommenden, also der Mehrwertsteuererhöhung in der Gastronomie und der steigenden Sondersteuer auf Energieträger, die als CO₂-Abgabe getarnt ist, zusätzlich noch eine Extrasteuer für die Ukraine zu verlangen, also zur weiteren Finanzierung der Geldwäschanlage der Familie Biden und der Wohnungskäufe eines gewissen Herrn Selenskij in Kiew, wo doch schon über eine Million Ukrainer ohnehin von deutschen Steuern durchgefüttert werden. Und die von besagter Wirtschaftsprofessorin erdachte Kriegssteuer ist sowieso zur Finanzierung weiterer Waffen gedacht, dient also letztlich unmittelbar dazu, weiteres "Menschenmaterial" in den Fleischwolf zu stürzen und dabei die Aktienkurse von Rheinmetall und Lockheed zu stützen.

Viel von Wirtschaft scheint diese Professorin ohnehin nicht zu verstehen, denn hätte sie nur einen Hauch einer Ahnung von der Bedeutung des privaten Konsums und der gesamtwirtschaftlich relativen Nutzlosigkeit von Rüstungsausgaben – sie hätte einen solchen Vorschlag nie gemacht. Sie hätte dann eher eine Erhöhung der Einkommen der Normalverbraucher gefordert, um bei einem zusammenbrechenden Export wenigstens die Binnennachfrage nicht weiter abzuwürgen. Und was sagt sie stattdessen?

"Besondere Ereignisse erfordern besondere Maßnahmen. Ein Ukraine-Soli als Aufschlag auf die Einkommensteuer für die militärische Hilfe wäre eine mögliche Antwort auf diese Herausforderung. Das ist nicht populär – aber schließlich geht es in diesem Krieg auch um unsere Freiheit."

Man fragt sich angesichts dieser Sätze durchaus, von wessen Freiheit sie da eigentlich spricht. Aber ihre offenkundig nicht vorhandene Wahrnehmung der Lebensverhältnisse der meisten Deutschen (nun ja, Professorinnen leben schließlich auf einem anderen Niveau) legt zumindest sehr nahe, dass deren Freiheit nicht gemeint ist. Vielleicht die Freiheit von Monsanto-Bayer, die gerne die

aufgekauften ukrainischen Ackerflächen für ihre Gentechniksaaten nutzen würden?

Im Grunde ist er ohnehin geheuchelt, ein derartiger Vorschlag, weil er so tut, als wäre nicht längst massig deutsches Steuergeld in das ukrainische Elend investiert worden. All die Mittel, die auf dem Umweg über Brüssel oder direkt aus dem Bundeshaushalt aufgewandt werden, damit noch ein paar Hunderttausende junger Ukrainer für die Aufrechterhaltung westlicher Vormacht massakriert werden, sind schließlich auch nicht vom Himmel gefallen, sondern aus den deutschen Steuereinnahmen des Staates entnommen worden.

Vielleicht meint sie ja, man könne zumindest so tun, als wäre da nichts, und allein durch die Verhängung einer neuen, zusätzlichen Kriegssteuer den Deutschen einreden, das sei die erste Belastung, die sie erleiden würden. Wobei die Wahl, das Ganze einen "Soli" zu nennen, einen gewissen Kern an Wahrheit enthält. Schließlich diene der ursprüngliche "Soli" von den Erwerbstätigen seit den 1990ern ja auch vor allem dazu, etwa westdeutschen Zahnärzten ihre Abschreibungsobjekte im annektierten Osten zu finanzieren, war also weitgehend ein westdeutscher Umlagemechanismus von nicht ganz unten nach nicht ganz oben, unter Nutzung eines kleinen Umwegs. Die Tradition, die der Begriff nahelegt, bliebe also gewahrt.

Immerhin lief diese alte Sondersteuer eine ganze Generation lang, ohne dass die reale Vernachlässigung der annektierten Region auch nur zu dauerhaftem Unmut führte. Und genau das ist das Problem – wenn Frau Schnitzer jetzt diese Idee präsentiert, dann sicher nicht, weil sie das alleine in ihrem Stübchen ersonnen hat, sondern weil diese Idee bereits kursiert. Und vermutlich dient das Manöver einer ganz anderen Absicht.

Denn selbst wenn diese Zusatzsteuer morgen mit der Begründung Ukraine, Freiheit etc. eingeführt würde, und Kiew übermorgen kapituliert, dann würde diese Kriegssteuer bleiben. Schließlich hat man dann ganz schnell schon Verträge mit Rüstungsproduzenten geschlossen, die trotzdem bezahlt werden müssen, und dann sind da ja noch die ganzen ukrainischen Flüchtlinge und ... irgendwie lässt sich das dann schon strecken, um noch einmal 28 Jahre herauszuholen. Sorgen, diese Bundesregierung würde keinen Weg finden, die beigetriebenen Mittel völlig sinnlos auszugeben, braucht man jedenfalls nicht zu haben.

Aber es ist langsam an der Zeit, sich ein neues Wort auszudenken, das an die Stelle von "Solidarität" treten kann. Nach dem oben erwähnten "Soli", der Corona-Propaganda und jetzt der ganzen Kriegstreiberei samt dem Ruf nach "Solidarität mit Israel" gewissermaßen als krönendem Abschluss, mag man das Wort gar nicht mehr in den Mund nehmen. Schnitzers Missbrauch dieser Vokabel ist da geradezu eine lässliche Sünde in einer Zeit, in der es "Staatsräson" ist, einen live übertragenen Genozid zu decken.

Schnitzers Idee lässt jedenfalls schon einmal erkennen, dass demnächst weitere Griffe in die Geldbeutel der Deutschen geplant sind (Schnitzer gibt gerne das Sprachrohr, um so etwas zu lancieren). Ob die nun Luftsteuer heißen oder Freiheitsabgabe oder ob man sie transatlantischen Freundschaftsbeitrag nennt (auch wenn diese Bezeichnung – wegen Nord Stream – eigentlich für die Erdgaspreiserhöhungen reserviert bleiben müsste), ist eigentlich völlig egal. Dieses Spiel geht weiter, solange es sich die Deutschen gefallen lassen, eine Politik, die gegen ihre Interessen gerichtet ist, auch noch zu bezahlen.

* * *

Der demokratische Antidemokrat – Zum Tod von Wolfgang Schäuble

<https://freedert.online/meinung/191041-demokratische-antidemokrat-zum-tod-von/>

27.12.2023

Hätte sich Schäuble 2010 nicht durchgesetzt, stünden die EU und Deutschland heute besser da. Dass er sich durchgesetzt hat, lag an seinem Willen zur Macht. Er strebte unter den Bedingungen der Demokratie nach absoluter Herrschaft. Makroökonomische Zusammenhänge blieben ihm bis zum Tod fremd.

Von Gert Ewen Ungar

Wolfgang Schäuble ist tot. Er starb im Alter von 81 Jahren im Kreise seiner Familie. Schäuble konnte auf eine lange politische Karriere zurückblicken, die nicht frei von Skandalen war. Schäuble war durch und durch Machtpolitiker, wollte bestimmen, dominieren, dem politischen Gegner Niederlagen beibringen. Der Machtkampf trieb ihn an, nicht die Suche nach guten und sinnvollen Lösungen. Das trieb oftmals absurde Blüten.

Als Innenminister zettelte er eine Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Innern an. Er wollte durchsetzen, dass das Recht zum Abschuss eines Passagierflugzeugs in einer Gefahrenlage gesetzlich verankert wird. Das Bundesverfassungsgericht schob dem einen Riegel vor. Schäuble blieb weiter dran und wollte sich durchsetzen. Dafür sollte das Grundgesetz geändert werden und neben dem Verteidigungsfall eine Quasi-Verteidigungsfall eingeführt werden, der den Einsatz der deutschen Luftwaffe ermöglichen sollte. Die Diskussion zog sich ab 2007 über mehrere Jahre hin. Der Fall war völlig hypothetisch, Schäuble vom Durchsetzungswunsch besessen.

Welcher Preis für Kompromisslosigkeit zu zahlen ist und wer ihn zu zahlen hat, interessierte ihn nicht. Wolfgang Schäuble interessierte nur das Obsiegen und Niederringen im politischen Kampf. Den Kompromiss verachtete er. Für die Demokratie war er damit eigentlich ungeeignet. Auch wenn er im Fall des Einsatzes der Bundeswehr im Innern eine Niederlage erlitt, generell hatte er Durchsetzungsvermögen, keine Frage.

Gegen jede ökonomische Vernunft zwang er als Finanzminister und Mitglied der Euro-Gruppe zur Bekämpfung der Finanzkrise in den Jahren nach 2010 Griechenland zu einem absurd strengen Austeritätskurs, von dem sich das Land bis heute nicht erholt hat. Er schrieb nicht nur Deutschland die Schuldenbremse ins Grundgesetz, sondern wollte sie zum Standard für die Länder der EU erheben. Dieses Mal konnte er sich weitgehend durchsetzen.

Der Preis dafür: Seitdem geht es mit der EU ökonomisch bergab. Der von Schäuble verordnete Austeritätskurs hat sie von der globalen Entwicklung entkoppelt. Für die Durchsetzung seiner Ideen von Sparsamkeit war Schäuble bereit, die Griechen hungern zu lassen. Er wollte das Land vom Zugang zum Euro abschneiden, sollten seine bizarren Vorstellungen von Volkswirtschaft nicht umgesetzt werden.

In der EU ist Schäuble daher "umstritten", um es vorsichtig auszudrücken. Was er Griechenland angetan hat, ist nicht vergessen. In Deutschland gilt er in Verkennung der Tatsachen dennoch als "glühender Europäer", denn er hat die EU das Deutsch-Sprechen und die deutschen Tugenden gelehrt. Er zwang die EU unter die deutsche Knute. Man wird ihm das nicht vergessen.

Faktisch hat er damit wie kein anderer der EU und ihrer Idee geschadet. Rückblickend wird man sagen, Schäuble hat mit seinem Bestehen auf Austerität den Anfang vom Ende der EU eingeleitet. Seitdem schleppt sie sich von Krise zu Krise, die Fliehkräfte nehmen zu. Dass es keine Solidarität,

sondern nur Konkurrenz unter den Ländern der EU gibt, im Ernstfall jedes Land daher für sich alleine steht, hat Schäuble wie kein anderer vorgeführt. Es hat sich während der Zeit der Corona-Maßnahmen wiederholt, und wiederholt sich auch in den diversen Flüchtlingskrisen. Schäuble hat jede Hoffnung auf eine geeinte EU zerstört.

Dass es ziemlicher Unsinn war, sich die Schuldenbremse ins Grundgesetz zu schreiben, dämmert inzwischen dem ein oder anderen Verantwortlichen in Berlin. Ohne Investitionen gibt es kein Wachstum. Wer Wachstum und Wohlstand will, darf vor Schulden nicht zurückschrecken. Diesen Zusammenhang hat Wolfgang Schäuble nie verstanden, er hätte daher nie Finanzminister werden dürfen. Seine Nachfolger übrigens auch nicht.

Die Finanzkrise machte auch deutlich, wie wenig der "glühende Europäer" von Demokratie, Wahlen und Referenden hielt.

"Dass Wahlen Wirtschaftspolitik ändern, darf nicht zugelassen werden", war seine Position.

Mit dieser Aussage entkernte Schäuble die demokratische Idee völlig und machte sie zur bloßen Fassade. Nein, Wolfgang Schäuble war kein Demokrat. Demokratie und alles, was damit zusammenhängt, war ihm zuwider. Damit aber passte er wiederum gut zur immer autokratischer agierenden, deutsch-sprechenden EU.

Meinungsfreiheit war ihm nur dann genehm, wenn sie seiner Meinung entsprach. RT würde den Grundsätzen der Meinungsfreiheit nicht entsprechen, behauptete er vor einigen Jahren gegenüber der *dpa*, ohne zu erläutern, was er damit konkret meint. Er wurde damit zum Vorreiter für eine sich immer weiter verstetigende Tendenz. Meinungsfreiheit wird inzwischen ausgelegt als das Recht, das politisch Vorgegebene zu meinen. Alles andere ist mindestens verdächtig.

Sein Counterpart während der Finanzkrise, der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis zeichnete die Gespräche der Euro-Gruppe auf und veröffentlichte sie als Buch. "Die ganze Geschichte" ist lesenswert, denn das Buch gibt einen Einblick in die Funktionsweise des innersten Zirkels der EU. Es ist ein eindrucksvolles Psychogramm.

Unter dem Titel "Adults in the Room" wurde das Buch verfilmt. Ulrich Tukur schlüpfte in die Schurken-Rolle "Wolfgang Schäuble", Costa Gavras führte Regie. Der Film hat es trotz zahlreicher Auszeichnungen und Starbesetzung nie in die deutschen Kinos geschafft. Er fand keinen Verleih. Ohne politische Einflussnahme ist das schwer vorstellbar. Ja, Wolfgang Schäuble tat sich immer schwer mit der Demokratie und dem, was sie ausmacht. Er wollte immer nur absolut herrschen – auch unter den Bedingungen der Demokratie.

Wolfgang Schäuble ist tot – er wurde zu Lebzeiten mehr gefürchtet als geachtet. Er hat der EU großen Schaden zugefügt. In Deutschland wird man das nicht aufarbeiten. In anderen Ländern der EU wird man sich dagegen gut erinnern und ihn und sein Wirken einzuordnen wissen.

* * *

"Wir wollen Lügen, Verrat und Unkultur canceln" – Russlands Aufstand gegen dekadente Prominente

<https://freedert.online/meinung/191068-wir-wollen-luege-verrat-und-un-kultur-canceln-russlands-aufstand-gegen-dekadente-prominenz/>

28.12.2023

Der Skandal um eine "Fast nackt"-Party, welche die reiche russische Bloggerin Nastja Iwlejewa für Stars und Sternchen aus dem Showbiz veranstaltete, hat nun für ihre prominentesten Teilnehmer immer ernsthaftere Folgen: Ihre Karrieren sind gefährdet. Aber geht es den Kritikern wirklich um diese Personen?

Von Wladislaw Sankin

Sie pressen unfreiwillig entschuldigende Erklärungen hervor und wollen damit die Wogen glätten – die Insassen der russischen Fernsehshows, die sie seit Jahrzehnten bevölkern, sind in Sorge: Ihre Teilnahme an Silvester-Programmen und Filmproduktionen ist gefährdet. Es gibt ernstzunehmende Gerüchte, dass Sequenzen mit ihrer Teilnahme "gecancelt werden". Bei manchen werden schon Konzerte abgesagt und Werbeverträge gekündigt. Ihr "Vergehen": Sie feierten am 20. Dezember bei der sogenannten "Fast nackt"-Party im Moskauer Klub "Mutabor" mit – *RT DE* berichtete.

Die Veranstaltung mit hunderten Gästen wurde von Bloggerin und Moderatorin Nastja Iwlejewa organisiert. Sie hat 4,5 Millionen Abonnenten auf YouTube und 18 Millionen auf Instagram. Ihr "Markenzeichen" sind Freizügigkeit, freche Sprüche und zur Schau gestellter Reichtum. Sie sorgte persönlich dafür, dass bei der Party Fotografen auftauchten und so viele Bilder wie möglich ins Netz gestellt wurden. Auf einem der Videos präsentierte die Bloggerin stolz auf dem Po ihre Diamantkette für 23.000.000 Rubel (umgerechnet 200.000 Euro). Dieser Po, vor die Nase der einfachen Russen gesetzt, ist zum Symbol jener Party geworden.

Iwlejewa ist auch erfolgreiche Unternehmerin, inzwischen gehört ihr ein kleines Firmengeflecht. Am Dienstag fanden in den Büros ihrer Firmen Durchsuchungen statt, sie wird verdächtigt Steuerhinterziehung in Höhe von 137.000.000 Rubel (ca. 1,3 Mio. Euro) begangen zu haben. Nach Angaben russischer Medien seien die Vorwürfe nicht neu – Informationen, dass sie ihre Gewinne nicht korrekt versteuert habe, fänden sich seit April.

Der Eintritt zur Iwlejewa-Party soll eine Million Rubel (10.000 Euro) gekostet haben. Für dieses Geld kann man einen Hilfstransport für die notleidende Bevölkerung in kriegsnahen Gebieten organisieren und noch ein paar Aufklärungsdrohnen für die Soldaten oben drauflegen. Seit Beginn der Sonderoperation Russlands ist die russische Kunst- und Kulturszene sowie Vertreter der Unterhaltungsbranche in drei ungleiche Teile gespalten. Nicht wenige teilten die Meinung des Westens zum Ukraine-Krieg und haben aus Protest das Land verlassen. Viele von ihnen ätzen nun gegen die "aggressive" Heimat mit öffentlicher Kritik, einige spenden sogar für die Ukraine.

Ein anderer Teil der Kultur-Prominenz reist regelmäßig an die Front, gibt Konzerte und sammelt Spenden. Einige von ihnen haben das schon seit 2014 getan – dafür wurden sie in der Branche ausgegrenzt. Diese Freiwilligen mussten für ihr Engagement bisweilen auch mit dem Leben bezahlen: Die Choreografin und Regisseurin Polina Menschich starb während eines Konzerts für Soldaten bei einem HIMARS-Beschuss. Der bekannte Schauspieler und Direktor eines Theaters, Sergei Puskepalis, starb bei einem Autounfall, als er einen Lieferwagen, den er für eigenes Geld für den Transport der Hilfsgüter in den Donbass gekauft hatte, ins Kriegsgebiet fuhr. Der Schauspieler und engagierter Freiwillige Iwan Ochlobystin entging nur knapp bei einem Beschuss im Dezember dem Tod.

Ein großer Teil der Szene stellt demgegenüber eine Art "Sumpf" dar. Viele geben sich unpolitisch oder stehen Konflikten, in die das Land geraten ist, im Stillen ablehnend gegenüber. Einige verzichten wiederum auf Kritik oder bekunden sogar öffentlich ein Minimum an "Patriotismus". Damit hätten sie sich "freigekauft", denken sie offenbar bei sich, um ihren ausschweifenden, zur Schau gestellten Lebensstil beizubehalten. Der Skandal um die "Fast nackt"-Party zeigt, dass dieser "Vertrag" mit Politik und Gesellschaft jetzt einseitig aufgekündigt wurde. Nun stellt ebendiese Gesellschaft, die ihrerseits spendet und hilft, folgende Fragen:

"Alle meine Freunde haben verkauft, was sie konnten, um das so dringend benötigte Geld an die Front zu bringen. Iwlejewa hat mit Snacks 445.000.000 Rubel verdient. Wie viel davon wurde für Prothesen ausgegeben? Kirkorow, Bilan, Jigan, Lolita, wo sind eure Konzerte an der Front? Postet Fotos von euren kugelsicheren Westen, die ihr an der Front tragt. Ach ja, ihr habt um Verzeihung gebeten, und jetzt wird alles wieder so sein wie früher?"

Diese Gesellschaft ist nun wütend und sie möchte auch wütend bleiben. Während die einfachen Söhne Russlands an der Ukraine-Front sterben, zahlt ein Rapper eine Million Rubel, um dieser Gesellschaft seine in eine Socke gekleideten Genitalien zu zeigen. Seine mit obszöner Sprache durchsetzte "Kunst", mit der er sein Geld verdient, ist ein Manifest der Vulgarität und Unkultur. "Und dann gibt es Mütter und Ehefrauen, Witwen und Väter, die ihren einzigen Sohn verloren haben, die den Fernseher einschalten und einen Mann sehen, der genauso alt ist wie ihr toter Sohn, dessen Porträt in Tarnfarben unter einem schwarzen Trauerband an der Wand hängt. Und [dieser Mann im TV] ist nackt und steht mit einer Socke am Schwanz da. Können Sie sich dieses Bild vorstellen: das Porträt eines toten Helden Russlands über dem Fernseher, zusammen mit diesem Bastard im Hosenlatz auf dem Bildschirm. Dafür ist er also gestorben?"

Die "Fast nackt"-Party in Moskau war an sich nichts Außergewöhnliches. Seit Anfang der 1990er Jahren haben sich diese "Stars" im russischen Fernsehen eingenistet und ihren Lebensstil gefeiert. Bislang gaben sie in der Unterhaltungsbranche den Ton an. Das Land hat sich seitdem vielfach verändert, sie nicht. Nun findet der Aufstand gegen diesen ausgedienten Prominenten-Klan statt. Die Wut richtet sich aber nicht gegen die Personen selbst, sondern gegen die Verkommenheit und Geschmacklosigkeit, die sie verkörpern.

"Wir 'canceln' Iwlejewa und den Rest der 'Nackt-Party' nicht. Wir sind begierig nach echter Kultur. Nach einem Fernsehen, das unsere Helden feiert, nach Schauspielern, die auf die Bühne gehen und mit Tränen in den Augen Kriegsprosa lesen, so dass die Wände beben. Wir suchen in leeren Kinosälen nach Gesichtern, die auf der Leinwand das sagen, was sie im Leben sagen. Wir canceln Lügen und Verrat, Betrug und Hass auf unser Land und unsere Geschichte."

Ich habe an dieser Stelle den Namen des hier zitierten Telegram-Bloggers mit Absicht nicht genannt. Sein Name ist unwichtig, er bringt das auf den Punkt, was es täglich tausendfach zu lesen und zu hören gibt – in Blogs und Interviews, in Facebook-Kommentaren und russischen Küchengesprächen. Auch dafür, dass diese Stimmen gehört werden, hat Russland seit fast zwei Jahren mit Waffen gekämpft. Ob der gewünschte Wandel aber tatsächlich eintritt oder nur ein paar Gesichter am Prominenten-Himmel "ausgetauscht" werden, bleibt abzuwarten.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im Dezember 2023 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.